



VENEZUELA

Ursachen und Hintergründe

3

STREIK

Schiffahrt im Arbeitskampf

4

MARCO CAMENISCH

Interview nach 30 Jahren Knast

5

RENTENREFORM

Gewerkschaften ohne Klassenstandpunkt

8



Es braucht nicht zu bleiben, wie es ist.

OKTOBERREVOLUTION Die Oktoberrevolution war das historische Ereignis des Jahrhunderts. Der erste erfolgreiche Angriff auf die Klassengesellschaft und das Privateigentum an Produktionsmitteln. Der Versuch, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf Kollektivität und Gleichheit beruhen soll, hat das Bürgertum in den Grundfesten erschüttert und war für das Proletariat Quelle der Hoffnung und der Kampfkraft.

(az) Die Bedeutung der Oktoberrevolution ist unbestritten, tief uneinig ist man sich in ihrer Bewertung - von der Verteufelung bis hin zur Anbetung ist alles zu haben. Der revolutionäre Aufbau gehört selbstverständlich zum Lager, das die Oktoberrevolution hochhält. Es ist der weitere Verlauf der Revolution, der bei uns zu Diskussionen Anlass gibt. Da die gegebenen wirtschaftlichen Voraussetzungen äusserst schlecht waren und die Angriffe der Feinde der Revolution nicht auf sich warten liessen, auch verhängnisvolle Fehler gemacht wurden, wurde die Sowjetu-

nion nicht zum Arbeiterparadies, das sie behauptete zu sein. Aber etwas anderes zu erwarten, wäre verblendet und illusorisch. Das war auch damaligen Revolutionären mehr als bewusst, was sich z.B. daran ablesen lässt, dass sich Lenin freute, als die Revolution nach drei Monaten noch unbesiegt war und damit länger als das einzige vergleichbare Experiment der Pariser Kommune überlebt hatte. Wir, die wir im Nachhinein wohlinformiert und gut genährt sind, sollten darüber reflektieren, aber nicht überheblich urteilen. Weitreichende Entscheidungen wurden in einer Lage getroffen, die bedrängt und unübersichtlich war, vor allem aber ohne Vorbild, aus dem hätten Lehren gezogen werden können. Doch werden wir darüber in späteren Nummern schreiben. Jetzt, da sich die Oktoberrevolution zum 100. Mal jährt, wollen wir an dieses überwältigende Ereignis erinnern.

Brot, Land, Friede

Eine Revolution findet nicht unter Idealbedingungen statt, sondern in einer aufgeladenen, konfliktreichen Situation, in der die Massen dermassen unzufrieden sind, dass sie ihrem Elend ein Ende setzen wollen. Das trifft sowohl auf die Februar- als auch auf die Oktoberrevolution in einem hohen Mass zu. Brechts

Resolution der Kommunisten hat die revolutionäre Stimmung, die 1917 herrschte, am schlüssigsten zusammengefasst, als er dichtete: «In Erwägung, dass ihr uns dann eben mit Gewehren und Kanonen droht, haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben mehr zu fürchten als den Tod.» Denn es waren die Massen, die 1917 entschieden, der Armee gegenüber zu treten und damit Geschichte schrieben. Dass bürgerliche HistorikerInnen die Oktoberrevolution als einen «Putsch» der Bolschewiki (oder gar Lenins im Alleingang) bezeichnen, ist nicht nur eine Frechheit und falsch, sondern eine absichtliche Verdrehung der Tatsachen. Die breiten Massen - zumindest in Petrograd, Moskau und unter den Soldaten an der Front - wollten die Revolution. Die Bolschewiki zeichnete aus und das unterschied sie von anderen SozialistInnen ihrer Zeit, dass sie gewillt waren, diesen Weg mit den Massen gemeinsam zu gehen, die Macht danach zu halten und nie mehr ans Bürgertum abzutreten. Eric Hobsbawm formuliert: «Lenins aussergewöhnliche Leistung bestand darin, dass er diesen unkontrollierbaren, anarchischen Volksaufstand in eine bolschewistische Macht transformieren konnte.»

POLITISCHE GEFANGENE

Schulter an Schulter gegen die G20-Repression!

Wir sind aus ganz Europa nach Hamburg gereist, um dem G20-Gipfel den Protest zu bescheren, den er verdient. Wir haben die Herausforderung angenommen und ihnen eine entsprechende Antwort geliefert. Ihre Arroganz, in ein traditionell proletarisches Viertel zu kommen, um ihre Pläne zu schmieden, kam sie teuer zu stehen.



Die Tage des Protests zeigen, dass trotz allem eine antagonistische Bewegung in Europa existiert. Sie zeigen, dass trotz allem europäische Mobilisierungen möglich sind. Und sie zeigen, dass wir trotz allem in der Lage sind, Sand ins Getriebe ihrer Maschinerie zu streuen.

Nun sind die Tage der direkten Konfrontation auf den Hamburger Strassen vorbei. Doch der Konflikt endet hiermit nicht, er verlagert sich auf eine andere Ebene: Schon im Vorfeld der Gipfelproteste hat der Staat den Konflikt intensiviert, indem beispielsweise Wohnungen gestürmt, Camps verboten und Einreisesperren verteilt wurden. Das alles wurde von einer medialen Hetze und einer Kriminalisierung der Proteste begleitet, während der Staatsapparat eine repressive Drohkulisse aufbaute.

Wochen später, führt der Staat seine Angriffe auf dieser Ebene fort, um uns zu schwächen. Die Auseinandersetzungen von Hamburg werden zu «bürgerkriegsähnlichen Szenen», um in den Massenmedien ein klares Feindbild zu konstruieren. Dabei wird munter die Extremismuskeule geschwungen, um jegliches Vorgehen der Repressionsbehörden zu legitimieren. So wurde öffentlichkeitswirksam linksunten indymedia abgeschaltet und dies als erfolgreicher Schlag gegen den «Linksextremismus» gefeiert. Inzwischen wurden erste GenossInnen vor die Schranken der Klassenjustiz geschleift. Schon der erste Prozess diente nur dazu, ein Exempel zu statuieren. Der Richter überbot mit einer Haftstrafe von 2 Jahren und 7 Monaten für zwei angebliche Flaschenwürfe noch die Forderungen der Staatsanwaltschaft.

[...] Wenn der bürgerliche Staat nun so um sich schlägt, dann darum, weil wir ihm gemeinsam in Hamburg einen harten Schlag versetzt haben. Daran gilt es anzuknüpfen.



Aufbau  **Vertrieb**
An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASEL Bläsiring 86 Öffnungszeiten auf Anfrage E-Mail: basel@aufbau.org	ZÜRICH Kanonengasse 35 (im Hinterhaus, Eisentreppe) Samstags von 12 bis 17 Uhr
--	--

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Öffnungszeiten auf Anfrage
E-Mail: basel@aufbau.org

Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur

Grenzstrasse 38 in Winterthur
winterthur@aufbau.org

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich
im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab),
Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich
(gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs),
Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs),
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak),
Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk)
Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Neuer Rekord an Transpi-Grösse? Aufbau Aktion an Anti-Rassismus-Demo in Zürich.

Editorial

Diverse bürgerliche wie auch linke Medien aller Strömungen befassen sich mit den gesellschaftlichen Umwälzungen, welche in Russland 1917 eingeläutet wurden. Manchmal berichten sie verteuflend und manchmal etwas wohlwollender. Auch wir interessieren uns, und widmen gar den Schwerpunkt der vorliegenden Nummer der russischen Revolution.

Unser Blickwinkel unterscheidet sich jedoch deutlich von den meisten dieser Abhandlungen. Es geht uns nämlich primär darum, aus der Situation von 1917 die richtigen Schlüsse für eine revolutionäre Politik im hier und jetzt zu ziehen, ohne dabei die historischen Situationen und deren deutlichen Unterschiede zu verkennen.

Denn wenn wir im Jahre 2017 als KommunistInnen in der Schweiz über eine revolutionäre Perspektive sprechen, dann wirkt das selten besonders tagesaktuell. Doch ist es eben jene revolutionäre Perspektive, welche einen historischen roten Faden bildet, anhand dessen wir unsere tagesaktuelle Politik betreiben.

Und diese Tagespolitik ist vielfältig wie in der gegenwärtigen Ausgabe der Aufbauzeitung deutlich wird: So berichten wir über den Widerstand in Palästina (Seite 13) oder die Zustände in der Notunterkunft Kempththal bei Winterthur (Seite 9). Viel zu früh verstorben ist leider Urs Gägäuf. Wir widmen ihm im Rahmen proletarischer Kultur einen Nachruf auf der Seite 16. Daneben thematisieren wir den Streik am Lago Maggiore und was wir daraus lernen können (Seite 14). Die von der SP vorangetriebene Rentenreform sowie die diesbezüglichen Machtverhältnissen innerhalb der Gewerkschaften diskutieren wir auf Seite 5.

So versucht unsere Zeitung Orientierung zu bieten, auf dass auch hundert Jahre nach der russischen Revolution die revolutionäre Kontinuität aufrechterhalten bleibt. Und dies auch in Zeiten, in welchen politisch durchaus ein Wind von rechts weht.

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!



Graffiti gegen den US-Imperialismus

Schurken destabilisieren einen fortschrittlichen Staat

VENEZUELA Mit Wirtschaftsboykott, Kriegsdrohung und farbiger „Revolution“ soll die venezolanische Regierung destabilisiert werden. Die verfassungsgebende Versammlung ist ein weiterer Stein des Anstosses für die imperialistischen Mächte.

(rabs) Die Destabilisierung des venezolanischen Staates verläuft nach dem bekannten Muster der farbigen „Revolutionen“: eine Opposition, die ihre Teilnahme an den Wahlen verweigert und ein nach noch mehr Wohlstand schreiender Mittelstand auf der Strasse, unterstützt von bewaffneten Banden. Unterstützt werden diese Kräfte massgeblich durch die USA und Teile der EU, die mit Boykottmassnahmen und offenen Kriegsdrohungen die venezolanische Regierung in die Knie zwingen wollen. Die bürgerlichen Medien servieren den gewohnten Einheitsbrei und sprechen von einer Diktatur, die beseitigt werden müsse. Das Szenario erinnert fatal an den blutigen Putsch von 1973 gegen die Regierung Allende in Chile.

Credit Suisse entdeckt die Menschenrechte

Aktiv am Boykott beteiligt sich auch die Credit Suisse. «Die CS will nicht in Geschäfte mit einer Regierung verwickelt sein, die Menschenrechte verletzt», so der O-Ton der CS-Erklärung. Dies erstaunt nicht wenig von einer Bank, die weder in der Vergangenheit noch aktuell durch Zurückhaltung im Geschäft mit Diktaturen und Blutgeld aufgefallen ist. Die Beweggründe für den CS-Boykott gegen die linke Regierung in Venezuela liegen denn auch in der Angst vor weiteren Konflikten mit den USA, die den Schweizer Banken aus Konkurrenzgründen alles andere als wohlgesinnt sind. Die UBS will sich offenbar nicht so direkt als Lakaie des US-Kapitals outen und meint auf eine entsprechende Anfrage der SDA lapidar, «die jeweils aktuell erlassenen Sanktionen der Schweiz, der UN, der EU und der USA» würden weltweit umgesetzt.

Der Stein des Anstosses – die partizipative Demokratie

Das „Verbrechen“ der Regierungen von Präsident Maduro und Chavez besteht in den Augen der rechten Opposition und ihrer imperialistischen Helfer in erster Linie darin, die Interessen der armen Bevölkerung, also der ArbeiterInnen, BäuerInnen und FischerInnen zu vertreten. Schlimmer noch, diese nicht nur zu vertreten, sondern in der am 30. Juli von 8 Millionen VenezolanerInnen gewählten verfassungsgebenden Versammlung selber zu Wort kommen und mitbestimmen zu lassen. Die Opposition hat diese Wahl nicht nur boykottiert, sondern auch mit bewaffnetem Terror und Überfällen auf Wahlbüros zu verhindern versucht. Trotz diesen Einschüchterungsversuchen haben 41% der Bevölkerung gewählt. Es ist schon eine ziemlich dreiste Lüge, wenn die imperialistische Bourgeoisie und ihre Medien dies als Ausdruck einer Diktatur Präsident Maduros denunzieren.

Diese Wahl war denn auch ein Desaster für die rechte Opposition. Offensichtlich fehlt ihr die Legitimität und nicht zufällig gibt es seit dem 30. Juli praktisch keine Demonstrationen mehr. Die Regale in den Läden sind anderslautenden Meldungen zum Trotz seit längerem wieder gefüllt. Rund 6 Millionen BewohnerInnen erhalten monatliche Lebensmittelpakete. Die dem Neoliberalismus verschriebene rechte Opposition will diese abschaffen, was ihren Beliebtheitsgrad bei den werktätigen Massen kaum heben wird.

Ein weiteres Verdienst des Chavismus liegt in der Politisierung der breiten Massen. Auch das Erziehungssystem wurde grundlegend geändert. War es bis zur Wahl von Hugo Chavez proimperialistisch, wurde es danach anti-imperialistisch. Es ist heute durchaus üblich, dass an den Schulen Marx, Engels und Lenin studiert werden.

Der Zerfall des Erdölpreises

Die imperialistischen Mächte, allen voran die USA, die Lateinamerika als ihren Hinterhof betrachten, versuchten immer schon, ihren Einfluss in Venezuela geltend zu machen. Es geht dabei nicht nur um Erdöl, sondern auch um Gas, Eisenerz, Gold, Koltan und Süswasser-Reserven. Die Wirtschaft Venezuelas hat sich in den letzten 100 Jahren auf das Erdöl konzentriert, es gibt kaum eine eigenständige Industrie und die Landwirtschaft beschränkt sich auf Viehzucht. Von einer gewissen Bedeutung ist der Fischfang an den Küsten des Landes. Der Zerfall des Ölpreises traf das Land deshalb mit voller Wucht. Die fehlenden Exporteinnahmen konnten nicht durch andere Wirtschaftszweige aufgefangen werden. Für den US-Imperialismus eine gute Gelegenheit, den unliebsamen Chavismus endlich loszuwerden.

Natürlich stellt sich die Frage, wo die Verantwortung des Chavismus für die aktuelle Situation ist. Tatsache ist, Venezuela ist ein kapitalistisches Land und es ist sicherlich falsch, wenn die ChavistInnen von einer sozialistischen Regierung sprechen. Dies kann den Sozialismus in ein schlechtes Licht rücken. Das Problem des Chavismus ist damit nicht zuviel, sondern zu wenig Sozialismus. Die Politisierung der Massen und die Wahl der verfassungsgebenden Versammlung sind sicher wichtige Schritte. Nur sollten sie keine Illusionen über die wahren Machtverhältnisse wecken. Im Kapitalismus ist es letztlich immer das Kapital, das die Spielregeln festlegt. Dies gesagt, muss aber auch die Solidarität einer fortschrittlichen Regierung gegenüber und die Unterstützung ihrer Bemühungen deklariert werden.

Ganz anders sehen das die „wahren“ RevolutionärInnen, wie z.B. die trotzkistische WSWS oder die maioistische MLPD. Für sie ist der Chavismus eine linksbürgerliche Bewegung, die es zu bekämpfen gilt. Chavez und alle anderen linken Regierungen sind «mit populistischen Versprechungen an die Macht gekommen und behaupteten, sie wollten die Bedingungen für die breite Masse der Bevölkerung verbessern.» Unterstellt wird auch die «politische Entwaffnung der lateinamerikanischen Arbeiterklasse durch die kleinbürgerlich-radikalen Tendenzen». Es soll an dieser Stelle keineswegs behauptet werden, die Regierungen von Präsident Chavez oder seinem Nachfolger Maduro seien makellos. Ein grosses Problem stellt beispielsweise die grassierende Korruption dar, die von der Regierung nicht effizient genug bekämpft wird. Kritisiert werden muss auch die nach wie vor praktische totale Abhängigkeit des Landes vom Erdöllexport.

Trotzdem, der Versuch, die Lebensbedingungen der breiten Massen in Venezuela zu verbessern, war kein populistisches Wahlversprechen, sondern ein nunmehr seit Jahren anhaltender Versuch, eine Politik im Dienste dieser Massen zu betreiben. Die zumindest teilweise Erfolglosigkeit dieser Politik liegt sicherlich nicht im Populismus der Regierung, sondern nebst den schon erwähnten Kritikpunkten zu einem grossen Teil in der systematischen Boykott- und Sabotagepolitik der sogenannten Opposition und ihrer Geldgeber, den internationalen Konzernen.

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

Angriff aufs Kosmos

In der vergangenen Nacht (7.9) haben wir die Scheiben beim KOSMOS KULTURKOMPLEX in der EUROPAALLEE ZÜRICH eingeschlagen und den Spray «Aufwerter angreifen» hinterlassen. Zuvor wurde am Montag, 28.8. der Eingang zu den Büros der ALTERNATIVEN LISTE ZÜRICH (AL) und der DSCHOINT VENTSCHR an der Molkenstrasse beim Helvetiaplatz mit Farbe markiert und das Schloss zugeleimt.

Weshalb, warum, wieso?

Unser Angriff gilt hauptsächlich dem KOSMOS und danach denjenigen, die dieses Projekt politisch verteidigen. Darum Scheibenbruch beim KULTURKOMPLEX, darum Farbe und Leim bei ALTERNATIVE LISTE und DSCHOINT VENTSCHR. Was ist das KOSMOS? Das KOSMOS ist ein Projekt von BRUNO DECKERT und SAMIR JAMAR ALDIN (der sich üblicherweise bloss SAMIR nennt). Es ist ein perfides und zynisches Stück von diesen beiden, das KOSMOS als was sympathisches verkaufen zu wollen, wenn es allen klar ist, dass es lediglich ein «alternatives» Feigenblatt dafür ist, was die EUROPAALLEE darstellt. Das Projekt dient der Selbstverwirklichung dieser beiden Männer, ihrem Reichtum, ihrem Ego. Mittels Podiumsdiskussionen zum Thema Stadt«aufwertung», bei der sie mit ihren FreundInnen plaudern, versuchen sie zu kaschieren, was offensichtlich ist: Wer sich bei der EUROPAALLEE, diesem Grossangriff des Kapitals gegen das Quartier, einnistet, der oder die wird selber Teil davon. Wie verlogen von ihnen: Sie tun so, als ob sie heute im Jahr 2017 und nach der Eröffnung ihres Komplexes die Frage zur Diskussion, ob dieses Projekt echt ein Feigenblatt sei - dabei haben sie bereits 2011, also vor sechs Jahren, die KOSMOS AG gegründet, die zum Ziel die Verwirklichung dieses Projekts hatte. Sie wussten, was sie taten, und tun nun so, als ob dem nicht so sei.

Kommen wir zur ALTERNATIVEN LISTE. Wer angesichts des Verhaltens von SAMIR und DECKERT das Gefühl hat, so was doch erst gerade erlebt zu haben, der oder die irrt sich nicht. Es ähnelt verdächtig dem Verhalten der AL mit ihrem Bullenchef RICHARD WOLFF. Auch sie wussten, was sie taten, als sie die politische Verantwortung in der Exekutive Zürichs und dabei diejenige für die Stadtpolizei Zürich übernahmen, aber wirkten dann ganz erstaunt und brüskiert, als ihnen dafür dann nicht Goodwill, sondern Ablehnung entgegenkam. Nach jeder überrissenen Aktion der Polizei spielen sie sich als VerteidigerInnen der Angegriffenen auf, dabei ist es ihr Parteimitglied, Kollege, Freund RICHARD WOLFF, der diese Aktionen zu verantworten hat. Nun dann, diese Ähnlichkeit ist kaum Zufall: SAMIR ist langjähriges Mitglied der AL, taucht regelmässig auf ihren Wahllisten auf, ist Teil dieses «alternativen» Filzes von Personen, die ganz glücklich damit sind, sich in kulturellen oder akademischen Nischen eingerichtet zu haben, von denen aus man dann ein wenig kritisch tun kann. SAMIRS Filmfirma DSCHOINT VENTSCHR ist im selben Gebäude wie dasjenige der AL, man kennt und schätzt sich, die eine Hand wäscht die andere. Darum haben wir auch die ALTERNATIVE LISTE angegriffen, nicht nur weil sie für ihr Parteimitglied SAMIR geradestehen müssen, sondern weil sie selber diesen pseudo-kritischen und «alternativen», aber letztlich reformistischen und bestens integrierten Filz in Zürich repräsentieren.

Grundsätzlich: Wir denken, dass man sowohl die EUROPAALLEE wie die ALTERNATIVE LISTE immer wieder angreifen kann und soll. Erstere, weil sie einen brachialen Angriff gegen die Substanz des Quartiers darstellt. Niemand wird bestreiten, dass diese Allee, mit ihren Büros von Google, UBS und Konsorten, mit ihren Bonzenwohnungen und Seniorenresidenzen, nicht zum Ziel hat, das Gesicht des Kreis Viers zu verändern, zugunsten des Profits, zuungunsten der bisherigen BewohnerInnen. Letztere, weil die ALTERNATIVE LISTE diesen gesellschaftlichen Umbau im Quartier mit ihrem Polizeivorsteher RICHARD WOLFF begleitet. Dieser macht nicht nur mit zahlreichen Kesseln gegen Fans und DemonstrantInnen von sich reden, sondern eben auch dadurch, dass es seine Männer und Frauen in Polizeiuniform sind, die diesen gezielten Umbau des Quartiers schützen und mittels der Vertreibung derjenigen Bevölkerungsgruppen, die in dieser sogenannten «Aufwertung» eben nicht mitgemeint sind, forcieren.

EUROPAALLEE, KOSMOS UND AL RAUS AUS DEM QUARTIER!

Kommando Juri Gagarinper

Via Email erhalten.

Streik erfolgreich, Privatisierung kommt trotzdem

STREIK In Locarno haben die vierunddreissig Angestellten der Schifffahrt zwanzig Tage lang gestreikt, geschlossen und entschlossen. Wir haben mit einem Mitglied des Partito Operaio e Popolare (Abspaltung der PdA) darüber reflektiert, weshalb die Gewerkschaft den Abbruch durchgesetzt hat.

(az) Nach 20 Tagen Streik, an einer äusserst wilden und lauten Versammlung, flehte die Unia-Führung die Streikenden der Schifffahrt des Lago Maggiore an, das Verhandlungsergebnis anzunehmen. Ein Verhandlungsergebnis, das zwar Garantien gibt, aber keineswegs erfüllt, was die Streikenden erkämpfen wollten. Die Arbeiter wollten deshalb nicht unterschreiben, oder waren zumindest stark hin- und hergerissen. Doch nachdem die Gewerkschaftsfunktionäre der Unia, der christlichen OCST und der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV geschlossen die ganze Versammlung hindurch Angst gesät hatten, fiel das Resultat der etwas zweifelhaften Abstimmung vom 15. Juli 2017 in ihrem Sinne aus.

Was bedeutet das? Die Streikenden gehen zurück an die Arbeit und mischen nicht mehr bei der Diskussion über die Zukunft der Schifffahrt von Locarno mit. Sie haben damit abgesegnet, dass die private Schifffahrtsgesellschaft SNL, die bereits die Linien auf dem Lago di Lugano betreibt, das Schweizer Becken des Lago Maggiore - und damit ihre Arbeitskraft - ab 2018 übernehmen wird. Das italienische Becken bleibt Aufgabe der öffentlichen, italienischen Gesellschaft. Bisher hatte letztere die Schifffahrt auf dem ganzen Lago Maggiore betrieben, wie das zwischen dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK und seinem Pendant in Rom vereinbart worden war. Dabei genossen Angestellten der Linien auf der Schweizer Seite die sehr viel besseren Arbeitsbedingungen als ihre KollegInnen auf der anderen Seite der Grenze. Sie unterstanden (und unterstehen 2018 weiter) dem Gesamtarbeitsvertrag der FART, der öffentlichen Verkehrsbetriebe von Locarno. Es ist nämlich gesetzlich bestimmt, dass die Angestellten des öffentlichen Verkehrs, wozu diese Linien gezählt werden, einem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen müssen. Das spezielle an der Situation ist jedoch, dass der Kanton Tessin sich herausnimmt, die Schifffahrt als «öffentlich» zu definieren, sich dadurch aber nicht genötigt sieht, sie mitzufinanzieren. Entsprechend sind die Kosten sehr hoch und die Einnahmen jederzeit gering. Der italienische Staatsbetrieb hatte während Jahren ein beachtliches Defizit zu verzeichnen, dennoch kamen die Kündigungen, die die 34 Angestellten des Schweizer Beckens im Juni erreichten, nicht auf Betreiben der italienischen Schifffahrtsgesellschaft hin. Diese hatte sich stoisch und äusserst korrekt an die politischen Vereinbarungen gehalten, ohne diese in Frage zu stellen. Ausschlaggebend war hingegen die neue Vereinbarung des UVEK und dem italienischen Verkehrsministerium, die die Privatisierung vorsieht und damit die politische Entscheidung beinhaltet, die Schifffahrt auf dem Lago Maggiore in die Hände der privaten SNL zu spielen.

Private arbeiten für den Profit

Nun sind die oben genannten Fragen für Aussenstehende vielleicht nur mässig interessant, aber dennoch sind sie sehr wichtig, weil unmittelbar klar wird, dass die Rechnung nicht aufgeht und kein privates Unternehmen diese Bedingungen hinnehmen wird. Das weiss auch der Kanton, deshalb hat er sich für das kommende Jahr verpflichtet, 1,15 Millionen Franken einzuschüssen, um die Löhne zu garantieren - die Stadt Locarno beteiligt sich eher symbolisch mit 50.000 Franken. Was darauf folgen wird, ist offiziell noch unklar. Jede Person, die den Kapitalismus kennt, weiss jedoch, dass Entlassungen, Lohnsenkungen und die Schliessung der unrentabelsten Linien folgen müssen. Für die nächsten Jahre ist der Kampf also gewiss. Entweder gelingt es der privaten Gesellschaft, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Schifffahrt rentabel zu machen. Oder das gelingt ihr nicht. Falls nicht, ist dennoch auszuschliessen, dass sie mit einem Defizit leben wird, also wird sie Jahr für Jahr Subventionen vom Kanton erbetteln und ziemlich sicher erhalten. Sowieso wird der Kanton bezahlen müssen, wenn er diese Linien zu tragbaren Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten will, es lässt sich also nicht erklären, weshalb er sie nicht übernommen hat. Ausser wir gehen davon aus, dass der Angriff auf die Arbeitsbedingungen von Anfang an das Hauptanliegen dieses neuen Vertrags des UVEK war.

Privatisierung verhindern

Das wissen die Gewerkschaften natürlich alles auch, dennoch haben sie nie gegen die Privatisierung der Schifffahrt gekämpft, sondern immer nur für den



Eine der Parolen der Matrosen war: «Ci volete disoccupati, ci avrete pirati»: Ihr wollt uns arbeitslos, ihr bekommt uns als Piraten.

Erhalt der Arbeitsplätze und der gegebenen Arbeitsbedingungen. Dabei sind diese zwei Fragen nicht von einander zu trennen. Die drei beteiligten Gewerkschaften vermeiden die Frage der Privatisierung dennoch konsequent, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV wäre durch ihren Präsidenten Giorgio Tuti, der im UVEK ein- und ausgeht, ideal vernetzt und hätte schon längst über die laufenden Verhandlungen informieren können, doch scheint sie sich wenig für die Schifffahrt zu interessieren und teilt möglicherweise die liberalisierungsfreundliche Haltung des UVEK in dieser Frage. Die christliche Gewerkschaft, die im Tessin OCST heisst, hat als einzige eingebracht, dass die Schifffahrt von den öffentlichen Verkehrsbetrieben Locarno übernommen werden müsste und dass das auch möglich wäre. Doch glänzte sie in der Folge oft durch Abwesenheit und unternahm keine konkreten Schritte in diese Richtung, in anderen Worten: Die OCST hätte das Richtige gewollt, den Aufwand vermied sie aber geflissentlich.

Die eindeutig stärkste Gewerkschaft, die Unia, ist schwerer einzuschätzen. Sie ist im Tessin sehr trotzkistisch geprägt. Der befragte Genosse, der als Unia-Funktionär arbeitet, erklärt, das mache die Unia-Tessin überdurchschnittlich kampforientiert, was sehr angenehm sei. Die Tessiner Gewerkschaftsfunktionäre und -funktionärinnen müssten nicht wie jene in der Deutschschweiz ihre Zeit mit der Jagd auf Mitglieder verbringen, sondern hätten die Aufgabe, eine kämpferische Praxis aufzubauen. Das sei zwar besser, es fehle aber wie in der restlichen Schweiz an politischer Weitsicht, weil die Unia so sehr im ökonomischen Kampf verankert sei. Denn der Kampf gegen die Privatisierung müsste auch auf politischem Terrain geführt werden. Nach Aussage des Unia-Regionalsekretärs stellt dies eine Frage dar, die in eine Partei gehöre und nicht in die Gewerkschaft. So hat die Unia-Tessin diesen Kampf zwanzig Tage lang unterstützt, ohne sich in der Frage der Betriebsstruktur einzumischen. Dabei hat sie den in der Unia organisierten Streikenden 170.- CHF pro Tag ausbezahlt. Es sei durchaus vorstellbar, dass aus der Gewerkschaftszentrale Druck aufgebaut worden ist, die Verhandlungen voranzutreiben und dieses teure Intermezzo zu beenden. Aber unabhängig davon, war die Strategie wohl von Anfang an, vorerst die Arbeitsplätze zu sichern und in einer nächsten Runde den Kampf auf der Ebene des Kampfes um den Gesamtarbeitsvertrag fortzuführen.

Unentspannte Zukunft

Für die Angestellten der Schifffahrt ist das eine schwierige Aufgabe. Jetzt waren sie geschlossen, alle waren entlassen worden und alle haben gekämpft, auch das Kader. An jeder Versammlung wurde mindestens einmal gefordert, die Schifffahrt müsse vom Kanton übernommen werden, der Direktor hat sogar öffentlich gesagt, er würde sich auch noch nach seiner Pensionierung - er wird in einem halben Jahr in Pension gehen - bedingungslos dafür einsetzen. Es ist klassisch, dass dermassen entschlossene Kämpfe entstehen, wenn die

ganze Belegschaft betroffen ist. Kämpfe um den GAV sind hingegen erfahrungsgemäss verhaltener und zäher, auch Verteidigungskämpfe sind schwieriger, wenn sich die Belegschaft gegen ein Vorgehen in Salomitaktik wehren muss. Insofern ist es vom Kampf aus betrachtet gänzlich unverständlich, dass die Frage nicht jetzt angegangen wurde.

Hinzu kommt, dass die Privatisierung in diesem Fall ziemlich einfach zu skandalisieren gewesen wäre, denn sie trägt mafiöse Züge. Oscar Calaprince, der bis zu seiner Pensionierung 2014 Direktor der Società Navigazione Laghi dello Stato Italiano gewesen ist, sitzt seit 2007 im Verwaltungsrat der luganesischen SNL. Er hat als oberster Chef des italienischen Staatsbetriebs wohl dazu beigetragen, dass dieser Deal zu Stande kam und sicher in dem Sinne, dass er davon profitieren wird.

So haben die 34 Angestellten der Schifffahrt einiges erreicht: Sie haben geschlossen gekämpft und werden vorerst nicht entlassen, ihre Arbeitsbedingungen sind für ein Jahr gesichert. Doch sie gehen auf eine Zukunft des Abnützungskampfes zu, das ist gewiss. Zurücklehnen gibt es nicht! Das ist der Grund, weshalb sie an der Abstimmung nur halbherzig zugestimmt haben. Der Grund auch, weshalb sie in Zukunft ihren Kampf in die eigenen Hände nehmen sollten und die Entscheidungen nicht der Gewerkschaftsführung überlassen sollten. Die Officine von Bellinzona haben das vorgemacht.

Rote Welle

LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

Freilassung in den Hofgang des Kapitalismus

INTERVIEW Im März 2017 wurde Marco Camenisch nach über 25 Jahren aus dem Knast entlassen. Wir haben uns mit ihm über Etappen seines intensiven politischen Lebens unterhalten.

(gpw) Du bist in Graubünden aufgewachsen, in einem kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Umfeld. Wie hast du dich in diesem Milieu politisiert?

Ich bin in der Nachkriegszeit aufgewachsen, als der Holocaust und Auschwitz sehr präsent waren. Meine Mutter war diejenige, die in der Familie Bildung betrieb und mir die Bücher nahegebracht hat. Sie hat sehr darauf geachtet, dass keine antisemitischen Sprüche und Stammtischfloskeln geäussert wurden. Ich las bereits bevor ich zur Schule ging die Geschichten von den Partisanen und den Partisaninnen aus Italien. Der kleine feine Unterschied zwischen den Partisanen und den militärischen Verbänden der Alliierten fiel mir auf. Das selbstbestimmte Auftreten der PartisanInnen hat sehr viel mehr nach Freiheit ausgesehen, als der Stechschritt der Deutschen, Briten, Amerikaner oder Russen.

Ich war immer aufmerksam für die Dinge, die vor den eigenen Füßen passieren. In der Mittelschule in Schiers waren die Bezugspunkte die jüngeren Leute, die mit dem Schützenverein oder der Freikirche nichts am Hut hatten. Ich war damals im Internat und der Linkstrend der 68iger Zeit und der Vietnamkrieg waren prägend. Später dann für eine kurze Zeit die Publikationen der Erklärung von Bern zu den Multis und der Situation in Südafrika. Brennpunkte waren zudem die Kämpfe in El Salvador und Nicaragua, ähnlich wie heute Rojava, und die Anti-AKW-Bewegung. Eine Praxis, die über den Reformismus hinausging, gab es hier allerdings noch nicht.

Von der Beschäftigung mit den Schriften der Erklärung von Bern bis zu Aufnahme des bewaffneten Kampfes ist es ein weiter Weg.

Es war eine kurze Episode. Der klassenkämpferische Aspekt fehlte mir. Es gibt in diesen Zusammenhängen anständige Leute, aber irgendwann fangen sie an, sich mit dem Gift des Pazifismus zu belügen. Ich habe ein paar Flugis verteilt. Demonstrationen waren für mich wichtig und unersetzlich, aber für meine Bedürfnisse eher wirkungslos und reformistisches Terrain. Ich fieberte mit den Demos mit, ging aber nicht dorthin, weil ich meine Prioritäten anders setzte und weit weg auf den Land von der Land- und Alpwirtschaft lebte. Der Gesamtwiderstand und die Solidarität mit den verschiedenen Methoden des Widerstands sind wichtig. Du musst erkennen, dass im Kampf gegen ein System, das zu allen Schandtaten und zum Genozid bereit ist, das wichtigste fehlt, wenn es keine bewaffnete Organisation gibt.

Wie wichtig war für dich damals die Erfahrung der RAF, Brigade Rosse oder der Bewegung 2. Juni?

Diese Projekte waren wichtig und gehörten zur Perspektive dieser Zeit. Es war egal, ob das ehrliche kommunistische RevolutionärInnen oder AnarchistInnen waren. Man fühlte sich ihnen viel näher als anderen Kräften. Die Reaktionen im Hinterland und noch mehr in den Metropolen waren getragen vom einem Ausdruck der Wut. Viele Leute waren etwas naiv und dachten, irgendwann kommt der grosse Chlapf. Dieser kommt nicht von allein. Die Wahrheit ist revolutionär. Die Gesellschaft ist im Krieg und der bewaffnete Kampf ist ein bewusstes Mittel, um die gesellschaftliche Lähmung und die Angst zu durchbrechen. Das heisst nicht, dass man himrissige Sachen machen soll. Wie schon Clausewitz erkannte, ist der bewaffnete Kampf für das Kräfteverhältnis in bestimmten Phasen sehr wichtig, auch wenn es dabei zu einem gewissen Spezialistentum kommt. Wir wollten einen Kampf, den die Leute verstehen und der sie mobilisiert.

Wie war die Reaktion der Bewegung als du damals nach dem Anschlag auf die Strommasten verhaftet wurdest?

Die Reaktion war zunächst vorsichtig. Man hat sich gefragt, was sind das für Leute. Damals gab es zum Beispiel im Südtirol eine Unabhängigkeitsbewegung, die sich von Italien lösen wollte, faschistoide Züge trug und die auch auf Masten losgegangen war. Die Bewegung von Chur, Zürich und Basel nahm jedoch schnell Notiz. Als die Solidaritätsbewegung reagierte, begann ich die Prinzipien der Bewegung zu übernehmen und stoppte jegliche Aussagen zu den Aktionen. Ja, und dann begann das Politgeschäft.

Nach dem Ausbruch aus dem Knast in Regensdorf hast du 10 Jahre in der Illegalität gelebt. Du hast erzählt, dass du in dieser Zeit die grösste Freiheit erlebt hast. Illegalität und Freiheit, ist das nicht ein Widerspruch?



Auf der ganzen Welt gab es im Laufe der Jahre Solidaritätsaktionen, hier Hamburg und Athen.

Wenn du dich im Kampf gegen diese Gesellschaft, gegen die Sklaverei und die Unterwerfung, befindest, ist der bewaffnete Kampf der höchste Ausdruck dieses Kampfes. Das ist von der Motivation her die höchste Freiheit, ohne die Einschränkungen eines Militarismus der Herrschenden. Du musst die Leute einschätzen können, bist aber frei in den Entscheidungen der Wahl der KomplizInnen.

Geht es um die Freiheit, ausserhalb des Staates zu leben, sich dessen Zugriff zu entziehen und ungebunden gegen den Staat zu kämpfen?

Ja, du bist vogelfrei, was der Gegensatz von «abgerichtet» bedeutet. Du musst Einschränkungen in Kauf nehmen und aufmerksam sein. Wenn in einer Stadt ab 20 Uhr ein Ausgehverbot herrscht und du bei dessen Missachtung erschossen wirst, gehst du nicht hinaus. Das ist eine Einschränkung. Aber niemand diktiert dir, was und wie du etwas tust. Du suchst dir selber das Rückzugsgebiet. Wenn man «Freiheit» allerdings mit Abhängigkeiten verwechselt, die systemisch gegeben sind, dann könnte man von Einschränkungen sprechen. Du hast keinen Pass und kannst nicht einfach zum Passbüro gehen, sondern musst dir einen anderweitig beschaffen. Doch solange du den Staat angreifst, ist er der Gesuchte, nicht du. Du kämpfst gegen ihn, weil du keine Angst mehr vor ihm hast. Das hängt vor allem mit dem Bewusstseinsprozess zusammen. Je selbstverständlicher dir der Kampf mit all seinen Konsequenzen ist, um so freier bist du.

Du bist in Italien verhaftet worden und warst bis 2003 in Italien im Knast, bevor du in die Schweiz ausgeliefert worden bist. Wie hast du den Knast erlebt?

In Italien war der Knast fast ein Paradies im Vergleich zu den Verhältnissen in der Schweiz, vor allem was das Kollektiv angeht. Innerhalb der Mauern konnte man sich weitgehendst selber organisieren. Ich konnte aussergewöhnliche Leute der Brigade Rosse kennenlernen. Einige waren Kader gewesen, aber sie haben das nicht ausgespielt. Wir haben gemeinsam studiert und diskutiert, obwohl die Leute der verschiedenen Organisationen vielfach unterschiedlich waren. Das war schon fast harmonisch. Es hat Spaltungen gegeben, aber ich habe nie grössere Feindschaften erlebt. Wenn du eine solche Einschränkung solidarisch und aufmerksam im Kollektiv bewältigen kannst, hat es selbst in einem kleinen Hof Platz für alle. Das Erleben dieses Kollektivs war eine der schönsten Erfahrungen dieser Zeit. Du lernst dich selber zu behaupten, aber zuerst kam das Miteinander. In der Schweiz war das anders. In der Schweiz sind die Knäste sehr durchmisch und du musst auch mit sehr inkompatiblen Leuten, mit wenig Sinn für Kollektivität und Solidarität, zur Rande kommen.

Du hast in der Schweiz mit Leuten wie Hugo Portmann gesessen, die nicht politisch sind, aber doch ein gewisses Bewusstsein und Ethik haben. Gab es da Anknüpfungspunkte?

Die Zeiten mit Leuten wie Hugo waren in den Schweizer Knästen die positivsten Erfahrungen. Er verkörpert die alte Schule, die noch von den früheren Revolten schwärmt und sich im Knast solidarisch verhält. In Leuten wie ihm konntest du dich finden, was das Verhalten anbelangt: Rücksichtnahme, gegenseitige Unterstützung, den Schwächeren wenn nötig aus Schwierigkeiten helfen, und denjenigen, die meinen, sie müssten andere unterdrücken, deutlich machen, dass das so nicht geht. Das Zusammengehen mit anderen Gefangenen der alten Schule war aber oftmals beschränkt auf diese Dinge, ansonsten musste man sich gut erklären und festhalten, dass zum Beispiel Sexismus und Rassismus nicht drin liegt, weil man ansonsten nicht mehr würde zusammensitzen können. Und das funktionierte, weil: Wenn man sich im Knast streiten muss, zieht jeder den Kürzeren.

Wie hast du die Verbindung zwischen drinnen und draussen wahrgenommen?

Du überlebst im Knast nur, wenn du mit dem Kopf draussen bleibst. Der Knast ist ein lebensfeindlicher Ort. Die Praxis fehlt, das ist klar. Das gilt für die schweizerischen wie für die italienischen Verhältnisse, auch wenn das Kollektiv gegen innen eine positive Wirkung hat. Wenn Du dich abschotten lässt, deine Interessen und dein Denken nicht mehr solidarisch nach draussen kommuniziert, überlebst du nicht. Drinnen und draussen sind zwei Orte, die voneinander getrennt, aber durch die revolutionäre Solidarität eng miteinander verbunden sind.

Seit einigen Monaten bist du nicht mehr im Knast. Wie überlebt man draussen?

Während der Knastzeit verlor ich meine Gelassenheit nie. Jetzt, draussen, suche ich sie noch. Das ist ein extremer Rückschritt. Es war eine Freilassung in den Hofgang des Kapitalismus. Natürlich hast du im bewaffneten Kampf Stress, aber die Voraussetzungen im sozialen Umfeld und in den Beziehungen sind viel gesünder. So vielen Leuten geht es heute schlecht. Das zu sehen, macht mir zu schaffen. Wenn du im bewaffneten Kampf bist, dann orientierst du dich am echten Widerspruch der Gesellschaft und die reale Problemlösung steht im Vordergrund. Der Alltag hingegen ist Stress pur, weil das Unterordnungsverhältnis, das sich immer wieder reproduziert, dass du immer wieder reproduzieren musst, krank macht. Du bist nur vermeintlich frei in deinen Entscheidungen.

Fortsetzung von Seite 1

Muss eine bürgerliche Revolution vorangehen?

Aber machen wir einen Schritt zurück zur Februarrevolution: Die Massen hatten die Absetzung des Zaren erkämpft, insbesondere die Soldaten, die sich zunächst weigerten, gegen die streikenden Männer und Frauen vorzugehen und sich dann offen auf deren Seite schlugen, hatten dem Zarismus den Garaus gemacht. Mit grosser Selbstverständlichkeit übernahmen jetzt die Kräfte der Duma (des bestehenden Parlaments) die Aufgabe, eine Regierung zu bilden und - nicht verwunderlich - wählten sie dafür Männer ihrer eigenen Klasse, der Bourgeoisie. Die wenigen wohlhabenden, gebildeten Bürger, die mit der Revolution rein gar nichts zu tun hatten, übernahmen also, einzig durch die Tatsache legitimiert, dass sie im Zarismus bescheiden an der Macht beteiligt gewesen waren. Was die russische Revolution auszeichnet ist jedoch, dass die bürgerliche Regierung nie unhinterfragt war. Denn sofort erfolgte auch die Bildung von Sowjets. (Siehe Artikel zu den Räten gegenüber). Der in der Folge wichtige Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten nahm die Arbeit auf, als die Duma noch beriet, ob sich der Zar nicht doch halten könnte.

Eine kleine Gruppe von vorwiegend Menschewiki hatte entschieden, einen Sowjet einzuberufen und wenig später sassen 250 Personen im Saal. Allerdings waren nur einige wenige davon Bolschewiki. Der Metallarbeiter Schljapnikow, ein Kader der Bolschewiki, soll seine Genossen angefleht haben, ins Taurische Palais zu eilen und teilzunehmen. Doch galt deren Aufmerksamkeit der Bewegung auf der Strasse und ihr Sinn stand nicht nach Sitzungen, insbesondere nicht solchen, die von den Menschewiki einberufen worden waren, also blieb Schljapnikow ziemlich einsam. Die Skepsis der Bolschewiki ist durchaus nachvollziehbar, sie führte allerdings dazu, dass die rechten und moderaten Sozialisten die Führung im Sowjet unbeanstandet innehatten. Sie bildeten ausserdem sofort das Ispolkom (Exekutivkomitee des Sowjets), das Entscheidungskompetenz hatte und nutzte. Praktisch hielten sie den Sowjet so handzahn, immer in der Absicht, die bürgerliche Regierung zu unterstützen, manchmal leicht nach links zu korrigieren, aber immer nur so weit, wie es notwendig war, um die Entscheidungen überhaupt durchsetzbar zu machen. Eine Vorgehensweise, die den SozialdemokratInnen auch heute noch einverleibt ist, aber 1917 besonders folgenreich war. Was also gemeinhin als Doppelherrschaft bezeichnet wird, war in Tat und Wahrheit die Herrschaft der provisorischen Regierung, die vermittels des Sowjets durchgesetzt wurde.



Es steht nur Oktober, doch weiss man, worum es geht. Souvenir-Foulard

Postol'ku, posol'ku

Tatsächlich stellte sich die Frage, ob eine sozialistische Machtergreifung möglich und sinnvoll sei, allen MarxistInnen. Das agrarisch geprägte russische Reich schien denkbar ungeeignet, die revolutionäre Vorreiterrolle zu übernehmen, diese Rolle war dem deutschen Proletariat zugeordnet. Deshalb vertraten nach der Februarrevolution nicht nur die Menschewiki, sondern auch die Bolschewiki die Meinung, es sei richtig, dass das liberale Bürgertum die Macht übernommen habe, Russland müsse noch die Phase der bürgerlichen Revolution durchlaufen. Während das heute eine theoretische Frage zu sein scheint, war sie im Moment der Februarrevolution die Frage der Fragen. Um das zu illustrieren sei hier ein Zitat des Menschewiken Zereteli angeführt, einer Führungsfigur des Petrograder Sowjets. Er bedankte sich in seiner ersten Rede bei den Arbeitern und Soldaten dafür, dass sie die proletarische Revolution nicht gemacht hätten. Das sei ebenso wichtig wie die Absetzung des Zaren. «Ihr habt die Bedingungen abgewägt... und ihr habt verstanden,

dass die Zeit noch nicht gekommen ist. Ihr habt verstanden, dass eine bürgerliche Revolution stattfindet. Die Macht liegt nun in den Händen der Bourgeoisie, aber gleichzeitig wacht ihr über die neu errungene Freiheit... Die provisorische Regierung muss volle ausführende Gewalt haben, sofern diese Gewalt die Revolution stärkt.» Die Formulierung «insofern, dass», auf Russisch «postol'ku, posol'ku» sollte als prototypische Redewendung der Beschlüsse des Sowjets in die Bücher eingehen. Der Sowjet unter der Führung der rechten Sozialrevolutionäre und der Menschewiki leitete die Soldaten und ArbeiterInnen in der Folge konsequent dazu an, eine Politik zu unterstützen, die ihren Interessen widersprach. Am widersprüchlichsten war die Frage der Fortführung des Krieges. Während sich der Krieg für die rechten Sozialisten mit der Februarrevolution in einen «gerechten» Krieg verwandelt hatte und sie dazu aufriefen, das Vaterland und die Revolution zu verteidigen, waren die Soldaten und die breite Bevölkerung nach wie vor der Meinung, der Krieg müsse beendet werden.

Alle Macht den Räten

Diese Grundhaltung, die Herrschaft des Liberalismus sei schmerzhaft aber notwendig, erschütterte Lenin, als er im April aus dem Schweizer Exil nach Petrograd zurückkam und als erstes erklärte: «Alle Macht den Räten». Er wagte damit die Forderung, einen Schritt in Richtung sozialistischer Revolution weiterzugehen. Doch darf diesbezüglich die Rolle Lenins nicht überschätzt werden: Hätten nicht sehr viele Militante an der Basis und im Kader auf eine Stimme wie die seine gewartet, wären seine Aprilthesen im Sand verlaufen. Er brachte zum Ausdruck, was viele dachten: Der Sowjet war die Instanz, die die Macht hatte, er sollte sie gefälligst auch im Sinne der anwesenden Delegierten nutzen. Natürlich war auch diese Forderung äusserst zwiespältig, solange die Rechten im Sowjet die Mehrheit hatten, doch fasste sie das konfrontative Haltung zusammen: Viele ArbeiterInnen und Soldaten hielten es nicht für ihre historische Aufgabe, aufgrund einer dogmatischen Auslegung des marxistischen Stufenmodells des Wegs hin zum Sozialismus dauernd gegen ihre ureigensten Interessen zu verstossen und die von den Massen schmerzhaft empfundenen Entscheidungen der Regierung zu befolgen. Und so kam es dann auch in der sog. Julikrise zur ersten grossen Konfrontation zwischen Regierung und den Massen, als eine militärische Offensive den Krieg intensivierte, anstatt ihn zu beenden.

Die bolschewistische Partei wuchs und galt bald unter den radikaleren Kräften als die Instanz, die wilens war, gegen die provisorische Regierung vorzugehen. Dies sogar in Momenten, in denen sie in Tat und Wahrheit zögerte. Denn die Partei musste sich der folgereichen Frage stellen, was nach einem Sturz der Regierung folgen würde und solange sie nicht genügend verankert war, würden die rechten Sozialisten das Ruder wieder in Richtung Herrschaft des Kapitals drehen. So entschied sich die Führung der Bolschewiki vor den Juliaufständen eher widerwillig und erst in letzter Sekunde, diese zu unterstützen. Der Aufstand scheiterte. Das wiederum hatte die Folge, dass die Bolschewiki wieder verfolgt wurden, viele im Gefängnis landeten oder untertauchen mussten. Als die neu gebildete Regierung unter Kerenski entschied, den Sowjet nicht mehr zu beachten und zur Sicherung der Macht den Oberbefehlshaber der Armee Kornilow mit Truppen nach Petrograd zu beordern, überschätzte sie die Loyalität des Generals massiv. Kornilow beabsichtigte sehr wohl, dem revolutionären Treiben in der Hauptstadt entgegenzutreten, aber nur, um eine Militärdiktatur zu installieren. Aus dieser Zwickmühle konnte sich Kerenski nur befreien, indem er die linken Revolutionäre um Hilfe bei der Verteidigung Petrograds bat. Die Bolschewiki, eben noch der vorfolgte Feind, wurden plötzlich auserkoren, die provisorische Regierung zu retten. Denn es war klar, dass nur sie dafür in Frage kamen, nur sie waren fähig, die schlagkräftigsten und kampfbereitesten Militanten zu mobilisieren. Der Preis, den sie dafür verlangten, war die Bewaffnung der ArbeiterInnen. Über Nacht wurden 40'000 Petrograder ArbeiterInnen bewaffnet und der Putsch wurde ausgebremst, noch bevor er versucht worden war. Bahnarbeiter sabotierten die Zuglinie und revolutionäre Soldaten führten zu Konrilows Truppen und überzeugten diese, den Marschbefehl zu verweigern. Ab diesem Moment war klar, dass die provisorische Regierung gestürzt werden konnte, es stellte sich nur noch die Frage, wie und ob.

Zuerst Petrograd, dann die Welt

Nach dem Putschversuch war die allgemeine Stimmung weit nach links gerückt, die Bolschewiki waren in Petrograd die stärkste Kraft und es schien einen Moment lang sogar möglich, gemeinsam mit anderen sozialistischen Kräften die Macht zu übernehmen. Doch setzten die Reflexe der Rechten schnell wieder ein und es wurde erneut darüber debattiert, dass ein Bündnis mit der Bourgeoisie unumgänglich sei.



Lesenswert. Der US-Reporter reiste im Sommer 1917 nach Petrograd und berichtete über die Revolution und die Zeit unmittelbar danach. Das Cover ist jenes der deutschen Erstausgabe von 1922.

Indessen breitete sich in Petrograd die Angst aus, dass die Hauptstadt aufgegeben werde. Tatsächlich war die Bourgeoisie im Begriff, die Koffer zu packen und beabsichtigte, die deutsche Armee das revolutionäre Problem lösen zu lassen. Die Bolschewiki debattierten täglich und intensiv über den Weg, der nun einschlagen sei, dabei waren die Meinungen keineswegs einheitlich. Lenin vertrat hart den Kurs, der Aufstand müsse probiert werden, es gab aber auch Stimmen, die meinten, das sei verfrüht und sehr viele meinten, es müsse zuerst der geplante Kongress der Sowjets abgewartet werden.

Als Trotzki im Petrograder Sowjet erreichte, dass das Revolutionäre Militärkomitee (Milrevkom) zur Verteidigung Petrograds gegründet wurde, wurde das in breiten Kreisen als Zeichen gelesen, dass die Bolschewiki nun zur Planung des Aufstandes übergegangen seien. Das entsprach bedingt den Tatsachen, man blieb sich vorerst uneins. Tatsächlich sollte sich aber das Milrevkom, in welchem die Bolschewiki die Führung hatten, als äusserst wichtig erweisen. Es forderte unmittelbar das Vetorecht für jegliche militärische Frage. Selbstverständlich lehnte die Generalität ab, doch als Kerenski den Befehl gab, das Milrevkom zu entmachten, hatte er seine eigene Macht wieder überschätzt. Die meisten Soldaten standen hinter dem Milrevkom und in der Peter-Paul-Festung, die bekannt gegeben hatte, dass sie sich nicht an einem Aufstand beteiligen wolle, wurde eine öffentliche Debatte organisiert. An deren Ende waren nur noch einige Offiziere gegen den Aufstand. Es ist unklar weshalb, aber trotz des spektakulären Erfolgs verzichtete das Milrevkom noch in derselben Nacht von sich aus auf das Vetorecht, das es vorher beansprucht hatte. Es ist aber auch egal, denn ebenfalls in dieser Nacht formierte sich die Konterrevolution, eine zusammengestückelte Armee machte sich auf den Weg, die Bolschewiki anzugreifen, das erste Ziel waren ihre Zeitungen.

Es schwimmt, ob die Bolschewiki angriffen oder sich verteidigten. Der Angriff der Konterrevolution machte die langatmigen Diskussionen über den Aufstand auf jeden Fall überflüssig. Er war da und es sollte sich schnell zeigen, dass die Konterrevolution nicht genügend Kräfte hatte mobilisieren können, um ihn aufzuhalten. So verlief die Oktoberrevolution überstürzt und unordentlich, wichtige Gebäude wie die Post- und Telegrafnamt oder auch der Bahnhof wurden sofort besetzt, Unterstützung von ausserhalb, wie das Kriegsschiff Aurora und die Kronstädter Matrosen trafen mit der Zeit ein, die wichtigen Brücken zum Winterpalais mussten freigekämpft werden, doch verlief die Revolution eher unblutig und als die Revolutionäre spät abends das Winterpalais einnahmen, hatten sich die Verteidiger bereits aus dem Staub gemacht, ebenso Kerenski, der mit Hilfe der US-Botschaft geflohen war. Die Revolution hatte gesiegt und mit ihr die Hoffnung des Proletariats der ganzen Welt, dass Befreiung möglich ist. Es braucht nicht zu bleiben, wie es ist.

Oktoberrevolution

In Basel, Winterthur und Zürich finden Veranstaltungen zur Oktoberrevolution statt. Alle Termine und Infos gibt es auf www.aufbau.org

ArbeiterInnen- und Soldatenräte im revolutionären Prozess

OKTOBERREVOLUTION Die proletarische Revolution in der Sowjetunion schaffte als erste den Schritt, Räte nicht nur als revolutionäre Kampforganisationen, sondern als Grundeinheiten einer neuen Gesellschaft und als Machtbasis der Volksherrschaft zu etablieren. Die Idee der Räte ist heute so relevant wie damals.

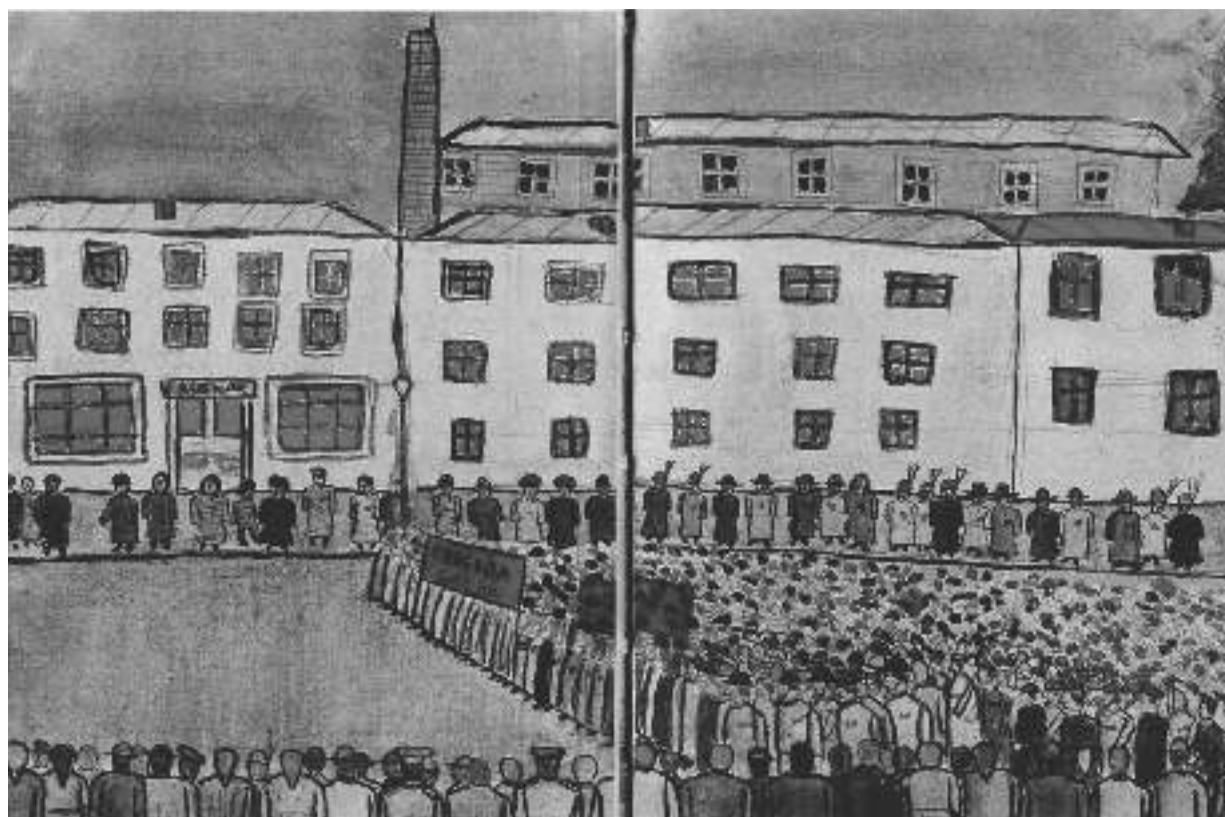
(az) Petrograd, heute St. Petersburg, am 27. Februar 1917: Eine bewaffnete ArbeiterInnendemonstration zieht ins Taurische Palais und verkündet die Gründung des Petrograder Sowjets. Eine Woche später hat der ArbeiterInnen- und Soldatenrat bereits 1200 Mitglieder, Mitte März werden es bereits um die 3000 sein. Die Sitzungen sind chaotisch, sie gleichen eher Kundgebungen. Erst nach und nach gelingt es dem Exekutivkomitee, das Wahlverfahren und die Mandate zu kontrollieren. Die Räte werden im Zuge der Februarrevolution zur Quelle der Volksherrschaft, revolutionäre Kampforganisation, Massenbasis der Februarrevolution, Austragungsort von heftigen politischen und ideologischen Kämpfen, sowie Gegenpol zum nach wie vor existierenden Duma-Rat. Angeregt wurden die Gründungen der Räte von den Menschewiki. Ab Februar 1917 werden sie nach und nach zur Grundeinheit der neuen sozialistischen Demokratie werden und sich auf das ganze Land ausdehnen.

Das ist nun 100 Jahre her. Auch heute sind ArbeiterInnen- und Soldatenräte ein zentraler Bezugspunkt für revolutionäre, kommunistische Organisationen. Auch wenn es attraktiv wäre die Räte zu idealisieren – marxistische Geschichtsanalyse funktioniert weder schematisch noch idealistisch. Die interessante Frage ist weder, wie kommen wir wieder zu diesem Punkt. Daran können wir nur scheitern. Noch wie wir die damalige Entwicklung bewerten. Das ist im Nachhinein weder sinnvoll noch zielführend und vernachlässigt tendenziell die damals herrschende Widerspruchslage. Was uns interessiert ist, welche Widersprüche die damalige Entwicklung geprägt haben und welche Erkenntnisse wir daraus ziehen können. Darin liegt auch 100 Jahre später die Aktualität der Räte und des revolutionären Prozesses in der frühen Sowjetunion. Der Bezugspunkt liegt beim idealtypischen Aufbau der Räte Demokratie gemäss der sowjetischen Verfassung von 1918. Wobei es wichtig ist, zu verstehen, dass der formale Aufbau aus realen politischen Bedingungen entstand. Diese wandeln sich, so dass auch die Räte der Zukunft anders funktionieren werden. Nur schon wenige Jahre zeitliche Distanz und die veränderten Bedingungen im Zuge der Entwicklung in den 30er-Jahren, führten mitunter als erstes zu einer Ausschaltung der proletarischen Räte als Machtbasis des Proletariats. Eine genaue historische Abhandlung dieser Prozesse übersteigt den Umfang dieses Artikels jedoch bei Weitem.

Eine grundlegende Annahme ist, dass auch in zukünftigen revolutionären Prozessen die Notwendigkeit kollektiven, proletarischen Machtorgans bestehen bleibt. Das Versprechen einer sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft muss es sein, den Anspruch nach politischer und ökonomischer Demokratie einzulösen. Dafür sind Räte nach wie vor der zentrale Bezugspunkt, den es nicht zu romantisieren, sondern als reale Möglichkeit zu propagieren gilt. Mit Blick auf Rojava stellen wir fest, dass der demokratische Konföderalismus, eine zeitgenössische Form von Räte Demokratie, ein zentraler Quell der Solidarität von linken Positionen und Organisationen mit Rojava ist. Rojava ist attraktiv, weil der demokratische Konföderalismus demokratische Organisation und Macht und einen Ausweg aus religiösen und ethnisch aufgeladenen Konfrontationen verspricht. Ob dieses Versprechen aus kommunistisch-revolutionärer Sicht auch inhaltlich eingelöst werden kann, ist offen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist es allemal, Zeugnis der Aktualität von Räten ebenso.

Interessenvertretung und politisches Kampforgan

Räte entstanden in Russland erstmals in der Revolution von 1905. In Petrograd wählten Arbeiter und Soldaten während einer Streikwelle erstmals Delegierte, die neben Forderungen des Arbeitskampfes auch politische Forderungen wie Rede- und Versammlungsfreiheit formulierten. Der Petrograder Sowjet von 1905 war sowohl Selbstverwaltungsorgan und Interessenvertretung, als auch politisches Kampforgan. Diese Eigenschaft fällt allen Räten seit der Pariser Kommune zu. In diesem Widerspruch liegen einige der zentralen Erfahrungen und Streitpunkte:



Die Oktoberrevolution aus den Augen eines Kindes. Kinderzeichnung aus Moskau, 1917.

Während beispielsweise die sozialdemokratische Positionen wie die Menschewiki die Räte als Möglichkeit sahen, um die Massen zu organisieren und eine breite Massenbasis zu erlangen, vernachlässigen sie die Rolle als politische Kampforganisation bzw. füllen sie mit reformistischer Politik. Die Reduktion auf die Form birgt ebenso die Gefahr einer Überbewertung oder gar der Propagierung des Rates als Selbstzweck. Trotzki sah im Petrograder Sowjet von 1905 schon die „Keimzelle von revolutionärer Macht“, obwohl der Sowjet aufgrund der internen Widersprüchlichkeiten und der objektiven Lage des Petrograder Aufstands noch weit davon entfernt war. Aufgrund dieser Haltung brach er 1905 mit den Menschewiki. Nach der Gründung der Räte im Zuge der Februarrevolution 1917 mussten sich auch die Bolschewiki zu diesem neuen Phänomen verhalten. Räte waren in der Partei vor den Aprilthesen noch als parteilose Organe des Streiks und Aufstandes angesehen, eine Unterordnung des Spontanen vor dem Bewussten. In Lenins Augen waren erst mit der Stabilisierung und den Widersprüchen der Doppelherrschaft (zwischen Duma und den Räten) die Voraussetzungen gegeben, um die Räte als Form mit den Inhalten revolutionärer Politik zu verbinden und sie als reale Träger von proletarischer Macht zu propagieren. Er revidierte diese Einschätzung bis zur Oktoberrevolution aufgrund sich wandelnder Widersprüche und Bedingungen noch zweimal. Ob real existierende Räte also Teil eines revolutionären proletarischen Prozesses werden, hängt nicht allein mit deren Form zusammen, sondern basiert ebenso wesentlich auf der Widerspruchslage in denen sie existieren und den Möglichkeit zur revolutionären Politisierung.

Zentrale Eigenschaften der Räte Demokratie

Der formale Aufbau der Räte Demokratie wurde erstmals in der ersten sowjetischen Verfassung von 1918 festgehalten. Die Räte Demokratie ist grundsätzlich ein Instrument der proletarischen Machtübernahme und die Form der Diktatur des Proletariats. Zur Veranschaulichung der Aktualität und des demokratischen Versprechens des Entwurfs „föderative Räterepublik“, werden hier einige zentrale Punkte aufgeführt. Erstens soll mit der Räte Demokratie die Trennung zwischen Legislative und Exekutive entfallen. Die formelle Bestimmung von Politik und deren Umsetzung darf nicht voneinander getrennt werden, wenn die politische Entfremdung des bürgerlichen Parlamentarismus nicht reproduziert und das Versprechen der Volksherrschaft eingelöst werden soll. Die Räte Demokratie funktioniert zudem mit dem Delegations- und nicht mit dem Repräsentationsprinzip: Die Delegierten von Räten sollen jederzeit abwählbar sein. Das Rätensystem als realpolitischer, post-revolutionärer Entwurf beinhaltet sowohl politische, wie auch wirtschaftliche Demokratie, mit der proletarischen Machtergreifung fällt die politische und wirtschaftliche Macht zusammen. Als Übergangsform und in Anbetracht der riesigen Herausforderung einer Kollektivierung der Wirtschaft, scheint die temporäre Trennung von politischen und wirtschaftlichen Räten notwendig. Gleichzeitig kann auch das nur der Entwurf einer Übergangsgesellschaft sein. In einer klassenlosen Gesellschaft wird die Trennung von

Wirtschaft und Politik aufgehoben, also wirtschaftliche und politische Räte zusammengelegt, was schon bei der Etablierung der Räte Demokratie veranlagt werden muss. Föderalismus als weiteres Funktionsprinzip ist ebenso zentral. Nicht als Instrument der Konkurrenz unter den Regionen, wie in der Schweiz, sondern als reale Perspektive der lokalen und regionalen Selbstbestimmung.

Räte im Zeitalter der technologischen Entwicklung

In Anbetracht der rasanten technologischen Entwicklung im Bereich der Informations- und Computertechnologie ergeben sich für eine föderalistische und basisdemokratische, politische und wirtschaftliche Teilnahme bisher unbekannte Chancen. Die Möglichkeiten des Informationsaustausches machen bürokratieanfällige Planungsinstanzen heute tendenziell obsolet. Die entsprechenden Planungsprogramme können dank Open Data transparent gehandhabt werden, was Technokratisierung entgegen wirkt. Verschiedene TheoretikerInnen befassten sich in den letzten Jahren mit Gedankenspielen in diese Richtung. Die räte demokratische Idee ist nicht nur aktuell, sie verbessert sich dank technologischer Entwicklung laufend. Es ist an uns, sie nicht nur theoretisch, sondern auch politisch wieder aktuell zu machen und zu realisieren.

Rojava Report

Interviews und Berichte aus Rojava. Neu erhältlich im Vertrieb Basel und Zürich oder auf www.aufbau.org



Gewerkschaftliche Irrwege durch die Altersvorsorge

RENTEN Ohne die willfährige Mithilfe der Gewerkschaften wäre es der SP wahrscheinlich schwer gefallen, ein mehrheitsfähiges Rentenpaket zu schnüren. Aber warum ändern die Gewerkschaften in dieser Frage ihren Kurs? Die Antwort auf diese Frage ist wichtig, denn wir interessieren uns für eine Klassenpolitik von unten.

(az) In der Aufbauzeitung Nummer 90 berichteten wir ausführlich über die geplante Rentenreform welche von Bundesrat Berset und seiner sozialdemokratischen Partei vorangetrieben wird. Dabei setzten wir den Fokus stark auf die konkreten Verschlechterungen, die uns treffen sowie auf den Kampf innerhalb der reformistischen Linken und Gewerkschaften. Zum Erscheinungszeitpunkt dieser Zeitung ist die Abstimmung über die Rentenreform vermutlich bereits knapp über die Bühne. Uns interessiert eine allgemeine kämpferische Klassenpolitik und darum natürlich auch, wie sich die offizielle ArbeiterInnenbewegung darin verhält.

Insofern liegt unser Fokus auf einer allgemeineren Frage als auf dem Ausgang der Abstimmung. Welche Rolle spielen die Gewerkschaften respektive die Gewerkschaftsführungen in der Verteidigung der Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse, also der Renten? Respektive warum helfen sie mit, das Rentenalter der Frauen oder die Mehrwertsteuer zu erhöhen? Es bedarf nicht gezwungenermassen eines revolutionären, marxistischen Standpunktes um angesichts dieses Umstandes ins Stirnrnzeln zu geraten.

Wir gehen davon aus, dass die Gewerkschaften schon historisch eine doppelte Funktion innehaben: Sie sind Gegenmacht und Ordnungsmacht zugleich. Das heisst, sie vereinigen die ArbeiterInnen im Kampf für Verbesserungen oder gegen Verschlechterungen. Sie sorgen jedoch auch dafür, dass die Kämpfe nicht aus dem Ruder laufen. Nun scheint es, als hätte sie sich für die sozialdemokratische Realpolitik einlullen lassen. Das ist zwar keine brisante Neuigkeit. Beim Thema Renten lässt es einem dennoch aufhorchen. Denn die Renten wären thematisch geeignet, um Klassenpolitik zu betreiben. Das heisst, der Kampf um die Renten wäre gerade in diesem unseren Zeitalter zentral. Denn die Arbeitsverhältnisse werden tendenziell immer differenzierter und prekärer. Die Renten aber eignen sich für kollektive Klassenforderungen. Für Forderungen, welche die Klasse als Ganzes zum Subjekt macht.

Von der Klassenorganisation zum Dienstleistungsbetrieb

Tatsächlich hätten sich die Gewerkschaften verändert, meint ein Zürcher Gewerkschaftsfunktionär welcher lieber anonym bleiben möchte. Wir nennen ihn Hans. So sei es den oppositionellen FunktionärInnen seiner Gewerkschaft verboten worden, sich negativ über die Rentenreform zu äussern. Gar von einem neuen Niveau der Repression innerhalb der Gewerkschaften spricht Petra, Funktionärin der Gewerkschaft Unia. Auch sie möchte nicht namentlich erwähnt werden, was angesichts ihrer Aussage wenig Erklärungsbedarf offen lässt. Man dürfe aber nicht ganz ausblenden, dass es mindestens in der Westschweiz durchaus grössere Opposition gegen die Rentenreform gegeben hätte, welche hier in der Deutschschweiz medial nicht so präsent war und die sich auch nicht durchsetzen konnte. Der Druck von oben sei grösser gewesen und in der Deutschschweiz sei die Opposition praktisch nicht vorhanden gewesen.

Tatsächlich scheint sich vielerorts ein Modell von Gewerkschaft durchgesetzt zu haben, welches weniger auf die Kraft von Betriebsgruppen und ArbeiterInnenmacht setzt, sondern sich wie ein gewöhnliches Unternehmen im Kapitalismus verhält. Es gibt mindestens zwei Gründe, warum sich dies so stark entwickeln konnte; wir kommen am Ende darauf zurück. So wird aus mehreren Quellen von Vorgesetzten berichtet, welche die GewerkschaftsfunktionärInnen darauf trimmen, sich selber als Warenverkäufer zu interpretieren und den Job nicht allzu politisch zu sehen. Wichtig sei, dass man Mitglieder werbe und ihnen ein gutes „Produkt“ verkaufen könne. Dies versuche man vor allem anhand von manchmal erfolgreich abgeschlossenen Gesamtarbeitsverträgen.

Inhalte der offiziellen Politik aber, etwa die Rentenreform, überlasse man der SP. Die politischen Meinungen werden also in der sozialdemokratischen Partei gemacht. Währenddessen werden innerhalb der Gewerkschaften derzeit nur ganz wenige Strategiediskussionen geführt, etwa darüber, wie eine Klas-



Helvetiaplatz - Wandbild gegen Rentenreform

senpolitik denn aussehen könnte. Die personellen Überschneidungen von Gewerkschaftsoberen und der Sozialdemokratie seien sehr hoch. Gerade diese Leute würden sich stark vor Niederlagen an der Wahlurne fürchten. Daneben stehe ein System von Lokalkönigen innerhalb der regionalen Gewerkschaftsführungen. Als Beispiel einer empfindlichen Wahlniederlage nennt der eingangs erwähnte Zürcher Gewerkschaftsfunktionär Hans die AHV Plus Initiative. Man wolle wieder auf die Seite der strahlenden Sieger zurückkehren und sich als PragmatikerInnen beweisen, welche politische Mehrheiten schaffen können. Vania Alleva etwa, Präsidentin der Gewerkschaft Unia, fühle sich unter Druck. „Ich war erstaunt, dass sie in Versammlungen Leute anschrie“, wundert sich Petra. Klar ist: Klassenpolitik von unten sieht anders aus.



Plakat der Gewerkschaft Unia - Mittlerweile hat das Sujet den Gewerkschaften ausgedient

Dominik (auch sein Name haben wir geändert), Funktionär einer kleineren Zürcher Gewerkschaft, spricht gar von Drohungen und Betrug als Methoden um die Rentenreform durchzudrücken. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund habe RentnerInnen angerufen und sie nach ihrer Position zur Rentenreform befragt, meint er. Aufgrund der Antworten habe man sie dann zum SGB-Kongress eingeladen oder eben nicht.

Wenig Bewegung von unten

Das derzeitige Problem der Gewerkschaften besteht aber nicht nur in einer politisch falschen Führung, welche vermeintlich von oben her die Basis instrumentalisiert. Auch innerhalb der Basis gehen nicht massenhaft Menschen auf die Hinterbeine, um das höhere Rentenalter zu verhindern. So bemerkte etwa

Petra, dass viele gute Gewerkschaftsmitglieder aus ihren gewerkschaftlichen Organisationen austreten, sobald sie merken, dass sie hinters Licht geführt würden. Das habe auch damit zu tun, dass die Gewerkschaften jahrelang eine Stellvertreterpolitik für ihre Mitglieder geführt hätten, anstatt dass das Klassenbewusstsein gefördert worden wäre. Das Bewusstsein, dass man selber für seine Interessen einstehen muss, fehle weitgehend. Sie selber sieht den Rechtsruck innerhalb der Gewerkschaften jedoch durchaus auch als Chance: „Vielen Leuten wird jetzt wieder bewusst, dass man die Sache in die eigenen Hände nehmen muss. Die Diskussionen darüber, welche Gewerkschaften wir brauchen, erhalten derzeit enorm an Auftrieb“. Es fehle aber an Erfahrung, ohne den Apparat im Rücken zu kämpfen. Eine Spaltung dieser Dimension sei dann doch eine Sache, die es vorher nicht gab.

Gerade in der Gewerkschaft Unia scheinen die Betriebsgruppen zunehmend an Bedeutung zu verlieren. An Stelle davon wurden vermehrt Aktions- und Kampagnengruppen ins Leben gerufen. Also Strukturen, welche zwar zu medial vermittelbaren Inszenierungen verhelfen, nicht jedoch die kontinuierliche Kleinarbeit der betrieblichen Gegenmacht zu gewährleisten im Stande sind.

Selber kämpfen bietet Orientierung

Es gibt also mindestens zwei Tendenzen, welche einander begünstigen, und die dazu geführt haben, dass der schweizerische Gewerkschaftsbund die Rentenreform unterstützt. Einerseits besteht tatsächlich ein instrumentelles Verhältnis von oben, also eine Gewerkschaftsführung, welche sich für die sozialdemokratischen Taktik-Spiele einspannen lässt, selber mit der SP eng verhandelt ist und sich durchaus vor Niederlagen an der Abstimmungsurne fürchtet. Diese Art der Gewerkschaftsführung ist in der Art der reformistischen Linken in der Logik gefangen, parlamentarische Mehrheiten zu schaffen, statt einen Klassenstandpunkt zu vertreten.

Auf der anderen Seite steht eine Basis, welche verhältnismässig wenig Kampferfahrung in sich vereint. Dies einerseits weil sie sich durch jahrelange StellvertreterInnenpolitik gewohnt ist, dass das eigentlich das Terrain von Gewerkschaftsführung und nicht von Gewerkschaftsmitgliedern ist. Andererseits weil die Debatte darüber fehlt, welches Verhältnis zwischen Basis und Gewerkschaftsführung eigentlich benötigt würde.

In so einer Phase ist es umso wichtiger, Streiks wie etwa jener der Schifffahrtsangestellten am Lago Maggiore offensiv zu propagieren und Solidarität mit den Kämpfenden auszudrücken, unabhängig in welchem Betrieb man selber arbeitet. Denn konkrete Kämpfe schaffen Orientierung für die gesamte werktätige Bevölkerung. Eine Orientierung, welche im ganzen Wirrwarr einer komplizierten Rentenreform durchaus verloren gehen kann. Nämlich die Frage, wer oben steht und wer unten. Und wer im Kampf unterstützend wirkt und wer nicht.

«Die Revolution ist eine kollektive Baustelle»

KUBA Ein Genosse unserer Arbeitsgruppe lebt seit 2016 in Kuba. Wir besuchten ihn in Havanna und sprachen mit ihm über seine und unsere Eindrücke des Landes.

(agj) Du lebst seit bald einem Jahr in Kuba, nachdem du in der Schweiz aufgewachsen bist. Was sind ein paar Beispiele dafür, worin sich dieses sozialistische Land von der Schweiz unterscheidet?

Die vorherrschende politische Haltung hier orientiert sich an den Werten und dem Konzept der Revolution. Altruismus, Solidarität, Internationalismus und der Glaube daran, dass eine bessere und gerechtere Welt möglich ist. Es ist für mich als Kommunist natürlich sehr angenehm in einer Gesellschaft zu leben, in der meine politische Ansicht die Ansicht der Mehrheit ist, während wir in der Schweiz halt Opposition sind.

Die Gesellschaft ist nicht in 100 Stücke geteilt, es gibt eine Einheit unter den Menschen. Statt individuell nur am eigenen Erfolg zu arbeiten, merkt man hier stark, wie man zusammen versucht, Probleme zu lösen. Es ist normal, sich gegenseitig zu helfen, ohne dafür eine Gegenleistung zu erwarten. Das sieht man in verschiedenen Situationen im Alltag, wo es ganz normal ist, jemandem über die Strasse zu helfen oder gemeinsam ein Auto anzuschieben. Oder beim öffentlichen Raum: In meiner Nachbarschaft hatte es eine freie Fläche, wo die Nachbarschaft via das lokale Komitee zur Verteidigung der Revolution (CDR) Geld zusammenlegte und dann gemeinsam mit einem Künstler einen kleinen Park mit Spielplatz gebaut haben.

Als wir in Kuba waren, erzählten GenossInnen oft von Schwierigkeiten in der Verteidigung und im Ausbau des Sozialismus. Wie erlebst du das?

Kuba ist ein Land, welches sich weiterhin im Prozess des Aufbaus des Sozialismus verortet. Seit dem Sieg der Revolution im Jahr 1959 hat man diesbezüglich viele Fortschritte gemacht. Man hat die Bevölkerung alphabetisiert, freien Zugang zu Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport gegeben. Finanziert hat man das durch die Verstaatlichung grosser Unternehmen, der Ressourcen und des Agrarlands. Auf die Errungenschaften ist man stolz, doch die KubanerInnen sind sehr selbstkritisch und geben sich mit dem Erreichten nicht zufrieden.

Dies gestaltet sich jedoch schwierig, wenn man international, vor allem wegen der Politik der USA, isoliert ist und permanent Steine in den Weg gelegt bekommt. Die Finanz-, Handel- und Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba, die seit 1982 exterritorial auf andere Länder ausgeweitet wurde und somit Firmen anderer Länder als der USA bestraft, ist nur ein Beispiel davon. Das ist ein grosser Grund dafür, dass es für Kuba eine grosse Herausforderung ist, seine Wirtschaft zu verbessern und dabei seine Prinzipien und den Sozialismus beizubehalten, was die Mehrheit der Bevölkerung ohne Zweifel will.

Es geht nicht nur darum, diese Prinzipien beizubehalten, sondern sie in gewissen Bereichen auch durchzusetzen. Es gibt in Kuba einen latenten Rassismus. Er ist weniger institutionalisiert als in vielen anderen Ländern, aber er ist bei einem Teil der Bevölkerung immer noch in den Köpfen. Klar, der Rassismus heute steht in keinem Verhältnis zu demjenigen vor der Revolution. Die Sklaverei wurde in Kuba erst 1886 abgeschafft und die schwarze Bevölkerung blieb bis zur Revolution sehr stark diskriminiert. Faktisch gab es eine rassistische Segregation, in vielen Quartieren durften Schwarze nicht rein. Das ist ein krasser Gegensatz zu Kuba heute, aber es bleibt noch viel Arbeit, um den Rassismus zu überwinden.

Es heisst, Havanna ist eine Metropole ganz nach lateinamerikanischem Beispiel, während in anderen Regionen das revolutionäre Bewusstsein stärker ist. Was steckt dahinter?

Es ist sicher so, Havanna ist kosmopolitischer und es ist die Stadt, die am meisten Touristen empfängt, während der Osten die Wiege der Revolution ist. Sowohl der kubanische Unabhängigkeitskampf gegen die Spanier als auch die Revolution gegen Batista hatten im rebellischen Osten ihren Ursprung. Man merkt immer noch, dass sich viele Menschen dort enorm stark mit der Revolution identifizieren, während es in Havanna viel mehr Einflüsse aus den USA gibt. Das hat mitunter damit zu tun, dass dort der Anteil BewohnerInnen mit Verwandten in Miami viel höher ist.

Aber ich glaube nicht, dass in Havanna weniger Menschen mit einem politischen Bewusstsein leben. Fidels grosse Hinterlassenschaft war es, eine Einheit in



Erinnerungskultur in Kuba.

der Bevölkerung zu formen. Hinter den grundlegenden Prinzipien der Revolution steht die Mehrheit, sowohl in Havanna wie in den Provinzen. Diese Einheit in der Bevölkerung zeigt sich beispielhaft im Umgang mit Naturkatastrophen, bei denen jeweils alle zusammengekommen sind und sich unterstützten. Da gab es keine regionalen Unterschiede.

Die grösste Schwierigkeit und Herausforderung bezüglich politischem Bewusstsein ist, dass die jüngere Generation mit den Errungenschaften der Revolution aufgewachsen ist und diese als selbstverständlich betrachtet. Sie werden sie verteidigen müssen in einer Zukunft, die kaum einfacher wird als die Vergangenheit war. Natürlich spielt die eigene materielle Situation eine Rolle darin, wie man zur Revolution steht, und diese Generation hat den Vergleich mit der Batista-Ära nicht direkt selber erlebt. Um die Lebensbedingungen aller zu verbessern, muss die sozialistische Wirtschaft effizienter werden, heute existieren da noch viele Schwierigkeiten.

Die angestossenen ökonomischen Reformen sind wohl deshalb wichtig. Aber die Reformen schaffen neue und verändern alte Ungleichheiten. Wie geht man damit um?

Die Änderungen im wirtschaftlichen Sektor des Landes geschehen unter Leitung der Kommunistischen Partei Kuba und haben einen grossen Konsens unter der Bevölkerung. Sie sind das Resultat einer grossen Volksdebatte, die man durch tausende von Versammlungen in Quartieren, Universitäten und an Arbeitsplätzen über mehrere Monate durchführte. Das Ziel ist sehr klar: Man will das sozialistische System verbessern, sicher nicht den Kapitalismus einführen. Nebst staatlichen Unternehmen gibt es nun private Geschäfte und Kooperativen. Doch diese sind was ihren Anteil an der Wirtschaftsleistung betreffen marginal. Der private Sektor, der sich primär auf Dienstleistungen beschränkt, beschäftigt insgesamt rund 500'000 ArbeiterInnen bei einer Bevölkerung von 11 Millionen.

Die Regierung arbeitet daran, dass möglichst alle vom Wirtschaftswachstum profitieren. Gerade eben hat Raul Castro darüber gesprochen, dass es durch die Reformen zu einer Konzentration von Reichtum bei einzelnen Personen gekommen ist. Es sei nicht akzeptabel, dass Leute über Strohmänner mehrere Geschäfte besitzen, wenn man als Privater nur ein Geschäft betreiben

darf, und dann genügend Geld hat, um pro Jahr 30 Mal ins Ausland zu reisen. Solche Probleme werden erkannt und diskutiert, die Reformen wurden wieder beschränkt und man arbeitet nun daran, das bestehende System zu überarbeiten. Erst wenn es gerechter funktioniert, wird man wieder Lizenzen für den Betrieb privater Firmen in gewissen Branchen vergeben. Das ist ein Zeichen dafür, dass man eben nicht den Kapitalismus durch die Hintertür einführen will.

Fidel ist tot. Entgegen dem Wunschdenken des US-Imperialismus ist dadurch aber kein Chaos ausgebrochen. Im Gegenteil, es wirkt sehr ruhig und abgeklärt. Kannst du mehr über den Umgang mit Fidels Tod erzählen?

Ohne Zweifel war der Tod des historischen Leaders der Revolution emotional ein Schlag. Ein junger Kubaner erzählte mir, dass Fidel für viele derjenige war, der jeweils den Weg vorausging, dann zurücksprang und ihn den anderen erklärte. Er war ein Visionär und Denker. Er stand permanent in Kontakt mit dem Volk und verstand es wie kein anderer, das Volk zu einen und den antiimperialistischen und sozialistischen Weg zu gehen, auch wenn man dafür Opfer bringen muss. Er hat das mit seinem eigenen bescheidenen Lebensstil vorgelebt.

Nur Stunden nach seinem Tod hatten sich Jugendliche spontan bei der Universität in Havanna versammelt. Es bildete sich ein Umzug, der weniger ein Trauermarsch als eine kämpferische Demo war, bei der sich viele sagten «Jetzt erst recht!» Danach gab es die offizielle Trauerfeier, den Aufruf mittels Unterschriften zu bezeugen, dass man sein Erbe weiterführen wird, oder die Karawane mit seiner Asche nach Santiago – immer beteiligten sich Millionen. Kuba wollte der Welt zeigen, dass sie hinter seinen Ideen stehen und sie weiterführen werden.

Die Revolution war schon immer eine kollektive Baustelle. Die politische Arbeit in Kuba wurde institutionalisiert und die verschiedenen Organisationen leisten dabei gute Arbeit in dem sie kollektiv arbeiten und so das Schicksal nicht von der physischen Präsenz einzelner Personen abhängt. In Kuba will man keine BerufspolitikerInnen, sondern dass alle die Gesellschaft mitgestalten. In der Praxis klappt das nicht immer, aber dieser Anspruch ist der Grund, warum es so gut funktioniert. Diese Gesellschaft reproduziert Menschen, die an den Sozialismus glauben, und das Experiment weiterführen.

Der zweite Anlauf

KOLUMBIEN Vom 27. August bis 1. September fand in Bogotá der Nationalkongress der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (Farc) statt. Zum zweiten Mal in der über 50-jährigen Geschichte der Guerilla versuchen sich deren Mitglieder in eine legale Partei zu wandeln.

(gpw) Ziel des Kongresses, an dem um die 1200 Delegierte von verschiedenen Organisationen teilnahmen, war die Schaffung eines Parteiprogrammes. Damit soll nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg eine neue politische Partei geschaffen werden. Das Farc-Führungsmitglied Rodrigo Londoño, alias Timochenko, erklärte: «Mit diesem Kongress wandeln wir uns in eine neue, ausschliesslich politische Organisation um, die ihre Ziele auf legalem Wege verfolgt. Das heisst nicht, dass wir unser ideologisches Fundament verraten werden.» Der Name der neuen Partei lautet: «Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común» (Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes). Der Kürzel Farc bleibt somit bestehen und soll den Bezug zur revolutionäre Geschichte der Organisation herstellen.

Trotz des marxistisch-leninistischen Selbstverständnisses der Farc vermeidet sie den Gebrauch des Wortes «Sozialismus». Die neue Partei trete nach wie vor für die Etablierung eines demokratischen politischen Systems ein, das Frieden, soziale Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte und eine auf das Gemeinwohl ausgelegte wirtschaftliche Entwicklung sicherstellt. Die politischen Leitlinien der neuen Partei hatte das Zentrale Oberkommando Ende Juli vorgezeichnet. In einer Pressemitteilung hiess es damals, dass die Partei für ein alternatives politisches und ökonomisches Modell stehen werde, das insbesondere diejenigen Kolumbianerinnen und Kolumbianer ansprechen wolle, die vom derzeitigen politischen System ausgeschlossen sind. Londoño fasste

die Stossrichtung wie folgt zusammen: «Wir bauen eine Partei von unten auf, die auf Zusammengehen, Versöhnung und Einheit der demokratischen Kräfte durch den Frieden setzt.» Die neue Partei soll sich an den Interessen der armen Stadt- und Landbevölkerung orientieren und insbesondere die Frauen in den politischen Prozess einbinden. Durch den Friedensvertrag sind der neuen Partei auch für die nächsten beiden Legislaturperioden jeweils fünf Sitze in den beiden Parlamentskammern garantiert. Die Namen dieser ParteimitgliederInnen wurden noch nicht genannt.

Der erste Anlauf

Als Folge des Friedensprozesses der Farc mit dem damaligen Präsidenten Belsario Betancur wurde 1985 die Unión Patriótica (UP) gegründet. Nach Erfolgen bei Kommunalwahlen führte die Regierung einen perfiden Krieg gegen die UP. Mit Hilfe des Staates wurde die Partei durch rechte Paramilitärs und Mitglieder der Drogenkartelle regelrecht ausgerottet. 2012 hat selbst der Oberste Gerichtshof die Ermordung von rund 5'000 MitgliederInnen der Partei als Genozid anerkannt. Mit einem systematischen und zentralen Plan versuchte man gezielt die Oppositionspartei aus politischen Gründen zu eliminieren.

Die Ausgangslage heute ist nicht unähnlich. Die ehemaligen Farc Kämpferinnen und Kämpfer sind durch die Paramilitärs bedroht. Diese gewinnen an Stärke und dringen in die Gebiete vor, welche vorher von der Farc kontrolliert wurden. Mehrere Guerilla-MitgliederInnen wurden bereits ermordet. Deshalb stellt die neue Partei fest, dass die Umsetzung und Sicherung des Friedensvertrags nur mit den sozialen Bewegungen zu schaffen sei. «Der Umsetzungsprozess [des Friedensvertrags] stiess auf den erbitterten Widerstand der Ultrarechten, denen klar ist, dass ein Voranschreiten der Versöhnung ihrem reaktionären Diskurs den Atem raubt, das Land zurück in den Kriegszustand zu stürzen, von dem sie politisch und ökonomisch profitierten», hielt



Das neue Logo: rote Rose mit sternförmigen Stempel

eine Erklärung des Oberkommandos der Farc fest. Seit Unterzeichnung des Friedensvertrags Ende 2016 wurden über 100 GewerkschafterInnen, AktivistInnen von Menschenrechtsorganisationen und MitgliederInnen sozialer Bewegungen sowie linker Parteien durch Paramilitärs ermordet.

Die Kolumbianisch Kommunistische Partei (PCC) strebt ein Bündnis mit der neuen Partei an. Bis in die 1980er Jahre war die Farc der bewaffnete Arm der PCC. Als die PCC sich dazu entschied, der legalen Arbeit den Vorrang zu geben, trennten sie sich. Trotzdem blieben sich die beiden Organisationen politisch nahe, da die Farc bis in die Gewerkschaften hinein als Schutzkraft gegen rechte Todesschwadronen geschätzt wurde. Gemeinsam wollen die beiden Parteien an den Wahlen im Mai 2018 teilnehmen. Einen Schritt weiter geht die Jugendorganisation «Juventud Rebelde», in dem sie die neue Partei an einem Kongress im Juli 2017 mit den Worten begrüßte: «Ihr könnt mit uns rechnen.» Laut dem Bericht einer kolumbianischen Tageszeitung sollen die jungen Kommunistinnen und Kommunisten die Jugendorganisation der Farc werden.

Die Not in der Unterkunft

MIGRATION Unweit der Stadt Winterthur, im beschaulichen Kempthal, sind in der Notunterkunft zahlreiche Menschen untergebracht, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt die Machenschaften des Schweizer Migrationsregimes im Umgang mit „Illegalen“.

(raw)Die Notunterkunft (NUK) in Kempthal liegt unmittelbar neben dem Bahnhof. In dem alten, dunklen Haus wohnen im Moment 70 Personen, welche in Dreier- oder Sechserzimmer untergebracht sind. Die meisten in der Notunterkunft in Kempthal sind Männer. Sehr selten wird im angrenzenden Haus eine einzelne Familie untergebracht. Eine Familie, die letztes Jahr dort platziert wurde, hatte in den ersten Wochen weder Kühlschrank noch warmes Wasser. Für die 70 Menschen im Hauptgebäude gibt es nur drei Duschen und drei Toiletten. In der Küche hat es verschiedene Kochstationen, wobei nur selten gemeinsam gekocht wird. In dem videoüberwachten Aufenthaltsraum stehen ein Ping-Pong-Tisch und ein Töggelikasten. Dies und das Putz-Ämtli sind die einzigen Beschäftigungen, welche angeboten werden. Internet gibt es im Haus keines. Das private Unternehmen ORS, welche im Staatsauftrag etliche Asylunterkünfte in der Schweiz, in Österreich und Süddeutschland betreibt, bietet nicht mehr. Ihr Aufgabe ist es, die Unterkünfte möglichst günstig zu unterhalten. Gespart wird nicht nur an der Einrichtung, sondern auch am Personal. Die ORS stellt für die Leitung und Betreuung der Unterkünfte selten geschulte Personen ein, sondern die billigsten Kräfte. So ist es keine Seltenheit, dass beispielsweise in den NUKs ehemalige Asylsuchende arbeiten. Diese haben kein Berufskollektiv im Hintergrund und müssen die oftmals schwierigen sozialen Situationen in den Unterkünften alleine regeln, was zu Gewaltanwendung führen kann.

In gut hörbarer Nähe zur NUK in Kempthal befindet sich die Autobahn in Richtung Winterthur, an welcher eine Raststätte mit einem Coop Pronto liegt. Der teure Tankstellenshop und der nahe Volg, ebenso ein Verkaufsladen, welcher nicht für Discountpreise steht, sind die einzigen Einkaufsmöglichkeiten im Dorf. Da es für viele in der NUK Kempthal stationierte Personen zu teuer ist, dort ihre Lebensmittel zu besorgen, fahren sie für den Einkauf nach Effretikon oder Winterthur. Dort existiert auch die Möglichkeit, Lebensmittel einzukaufen, die halal sind. Für abgewiesene Asylbewer-

berInnen, welchen eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf Gemeindeebene, also beispielsweise auf das Gemeindegebiet von Kempthal verhängt wurde, ist der Einkauf ausserhalb des Dorfes ein Risiko. „Illegale“, welche mit 8.50 Franken pro Tag durchkommen müssen, machen sich also strafbar, wenn sie für ihr wenig Geld möglichst viel ihres täglichen Bedarfs abdecken wollen. Doch von diesen 8.50 täglichen müssen die Menschen in den NUKs nicht nur ihre Lebensmittel bezahlen, sondern auch Kleidung, Hygieneartikel oder die Nutzung ihres Mobiltelefons. Da er Betrag selten reicht, hat sich bei vielen BewohnerInnen die Gewohnheit ergeben, nur einmal pro Tag eine Mahlzeit zu sich zu nehmen. Nebst den rayonmässigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit hat das Migrationsamt eine weitere Schikane eingebaut, um für die AsylbewerberInnen das Leben in der Schweiz so unangenehm wie möglich zu gestalten: Um den täglichen Unterhaltsbetrag erhalten zu können, müssen die BewohnerInnen zwei mal täglich eine Präsenzkontrolle durchlaufen, welche sie mit ihrer Unterschrift bestätigen müssen. Dies ist eine weitere Einschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit und verhindert beispielsweise, dass abgewiesene AsylbewerberInnen am Abend ausgehen, Leute treffen oder Ausflüge unternehmen.

Bald sind die Sommermonate vorbei. Der warme Sommer bot an, dass man sich draussen im Freien aufhalten konnte. Dies hebt ein wenig die Stimmung. Sobald es wieder kühler wird, werden sich die Konflikte im Haus wieder verschärfen. Der Platzmangel und die Fülle der Menschen aber auch die Langeweile fällt in den Wintermonaten schwerer zur Last. Hinzu kommt die Perspektivlosigkeit – abgewiesene AsylbewerberInnen haben alleinig die Option, die Rückreise in ihr Ursprungsland anzutreten oder als „Illegale“ in der Schweiz zu bleiben. Für viele kommt eine Heimkehr nicht in Frage, schliesslich waren die Gründe zur Flucht keine Beliebigkeit, sondern ernste Bedrängnisse. Es gibt Menschen, die bleiben sehr lange in einer Notunterkunft. Der „Rekord“ in der NUK Kempthal liegt bei 18 Jahren Aufenthalt. Doch obschon in der Schweiz gesetzlich alle Menschen, die hier leben, unabhängig einer Aufenthaltsbewilligung das Recht auf Nothilfe haben, sind die Bedingungen in den NUKs in dem Sinne menschenunwürdig, als dass sie weder Perspektive noch Alternative bieten. Das Scheinangebot der Notunterkünfte nicht zu nutzen, würde nur eines bedeuten: Eine weitere, tiefere Prekarisierung der Geflüchteten. Daher verwundert es wenig, dass viele Menschen in den NUKs unter psychischen Erkrankungen leiden. Depressionen

und Posttraumatische Belastungsstörungen sind keine Seltenheit. Viele der Menschen sind abhängig von Medikamenten oder Drogen. Erst vor wenigen Monaten kam es in der Unterkunft in Kempthal zu einem Suizidversuch.

Der Blick in die Notunterkünfte der Schweiz zeigt den Rahmen des Migrationsregimes. Es macht aus abgewiesenen Asylsuchenden eine der prekärsten Bevölkerungsgruppen. Die Nothilfe scheint nicht viel mehr als eine Farce zu sein. Dies zeigt beispielhaft die Tatsache, dass in der Notunterkunft polizeiliche Kontrollen durchgeführt werden, die darauf abzielen, Menschen auf ihren Aufenthaltsstatus hin zu überprüfen. So finden in den staatlich betriebenen Unterkünften für Abgewiesene, die also zwingend den Status von Illegalen haben, Fahndungen nach Menschen mit illegalem Status statt. Es herrscht die paradoxe Situation, dass Menschen nach Abweisung ihres Asylantrags in einer NUK platziert sein müssen, gleichzeitig sind sie jedoch dort vor der Repression nicht geschützt: Regelmässig werden Personen, völlig willkürlich, innerhalb der NUK verhaftet und für einige Tage in Haft gesetzt. Die laufenden Verschärfungen wie die Präsenzkontrollen in den NUKs und die erweiterten polizeilichen Massnahmen erhöhen den Druck auf revolutionäre Bewegungen. In Zukunft gilt es zu diskutieren, wie sich bezüglich den abgewiesenen Asylsuchenden Kämpfe verbinden und Gegenmacht aufbauen lässt.



Die üble Geschichte der Zwischennutzungen

HAUSBESETZUNGEN Gehörten vor zehn Jahren Hausbesetzungen noch zum festen Bestandteil der Stadt Zürich, sind sie heute immer rarer. Ein wesentlicher Grund für diesen Rückgang ist die Praxis der Zwischennutzungen.

(agj) In den 90er und Anfang der 2000er Jahre florierten in der Stadt Zürich Hausbesetzungen. Jene, die polizeilich geräumt, jedoch danach wieder leer standen, wurden immer wieder besetzt. Der Häuserkampf wurde nicht nur in den Häusern ausgetragen, sondern auch auf der Strasse. Mal kontrollierter, aber auch immer wieder militant. Diese Bewegung drängte den Staat zu handeln und einen Umgang mit der Situation zu finden. Ein Konzept dafür wurde im Jahr 2006 verabschiedet: das «Merkblatt Hausbesetzungen». Darin wird festgehalten, dass ein Strafantrag des Eigentümers für eine Räumung nur ausreicht, wenn entweder eine rechtskräftige Abbruch- oder Baubewilligung oder ein rechtskräftiges Neunutzungskonzept vorliegt. Aus Sicht diverser VertreterInnen der städtischen SVP war ein solch lascher Umgang der Zürcher Stadtpolizei mit HausbesetzerInnen nichts anderes als die Ermöglichung einer teilweisen Enteignung betroffener Immobilien-EigentümerInnen und eine Absage ans Recht der Besitzenden, eine Liegenschaft leerstehen zu lassen. Aus Sicht von HausbesetzerInnen und der Wohnungsnot-Bewegung also eine positive Entwicklung.

Das «Merkblatt Hausbesetzungen» war keine Nettigkeit. Es war ein Versuch der Behörden, mit der Bewegung und den Protesten umzugehen. Vielen zukünftigen BesetzerInnen ermöglichte es aber eine entspanntere Situation. Die Erfolgchancen, ein Haus länger als ein paar Tage zu halten und sogar über mehrere Monate zu bewohnen, wurden im Vorherein abwäglich. Bei der Häusersuche wusste man, nach welchen Kriterien man vorgehen muss. Auch wenn wohl einige ein dumpfes Gefühl im Bauch erdulden mussten, weil sie sich an gewisse von den Bullen und der Stadt diktierte Spielregeln halten mussten, erinnern sich wohl noch heute BesetzerInnen an jene Momente zurück, als ein Haus in Beschlag genommen wurde und den verdutzten BesitzerInnen nicht viel mehr übrig blieb als ausgesperrt vor ihrem Eigentum zu stehen. Den grossen Ankündigungen Betroffener, zur Staatsgewalt zu rennen, sorgte nun mehr für Belustigung als zu Angst. Man wusste zu gut, dass die Bullen bei guter Vorarbeit nur aufs Merkblatt verwiesen und die Besitzenden machtlos blieben. Eine der einzigen Möglichkeiten sahen diverse Immobilienhaie – aber auch Genossenschaften – nur noch darin, potenziell besetzbare Objekte mittels Vorschlaghammer unbewohnbar zu machen.

Ein Anwalt ändert die Spielregeln

Auch im Jahr 2011, also fünf Jahre nach der Entstehung des Merkblatts, erlebte die Stadt Zürich eine Besetzungs-Hochkonjunktur mit um die 30 besetzten Häusern. Im Juni dieses Jahres sollte ein weiteres Projekt dazukommen: Das 4000 Quadratmeter grosse ehemalige Bürogebäude der UBS an der Badenerstrasse 595 wurde von einer Gruppe HausbesetzerInnen in Beschlag genommen. Nach Angaben des Merkblatts war



venedigstrass 71, eine der ersten Besetzungen in Zürich

es durchaus eine geeignete Liegenschaft für eine längere Besetzung, denn konkrete Pläne für das Gebäude lagen nicht vor. Und trotzdem kam es ganz anders.

Der damals noch eher unbekannt Anwalt Raffael Büchi tauchte auf. Er erkannte das Problem der Besitzenden, dass nur bei einer Weiternutzung geräumt wird und fand ziemlich schnell die Lösung für das «Problem Hausbesetzungen»: Zwischennutzungen. Ob er dabei von Arbeiten des ehemaligen Stadtforschers und heutigen Bullenchef Wolff inspiriert wurde, ist unklar. Klar hingegen ist, dass Büchi nicht nur eine Möglichkeit sah, ungebetene Gäste loszuwerden, sondern auch noch gleich etwas Geld verdient werden konnte. Zusammen mit Freunden aus dem kulturellen Milieu heckte er den Plan aus, die einzelnen Räume des Gebäudes für Ateliers und Arbeitsräume zwischennutzen, denn Wohnen in Gewerberäumen war und ist auch heute noch nicht erlaubt.

Büchi zeigte sich an der Badenerstrasse 595 kurzzeitig gnädig und bot den BesetzerInnen einen Vertrag an. Der Vertrag wurde abgelehnt, denn niemand hatte Lust, seinen Namen anzugeben. Und als Wohnraum kam die Liegenschaft sowieso nicht in Frage. Diese Umstände waren ihm wohl recht, denn VertragspartnerInnen, welchen egal war, dass sie damit die Räumung der Besetzung ermöglichen, fand er zur Genüge. Büchi entwickelte ein Modell mit finanziellem Potential, welches ihm so sehr gefiel, dass er zusammen mit den zwei Jungunternehmern Lukas Amacher und Lorenzo Kettmeier die Projekt Interim GmbH gründete. Die Idee des Start-Ups: Mit sogenanntem Leerstands-Management Besetzungen verhindern und stattdessen mit zeitlich beschränkten Zwischennutzungen ihre Kassen zu füllen: «Unser Ziel besteht darin, Leerstände durch Zwischennutzung nutzbar zu machen und so sowohl für Immobilieneigentümer, wie Zwischennutzer Mehrwert zu schaffen. Unsere befristeten Projekte generieren für die Beteiligten jeweils eine win-win-Situation.» Die win-win-Situation bezieht sich eher auf ihre GmbH und

weniger auf eventuelle ZwischennutzerInnen.

Während sie nämlich mit der Organisation und der Auswahl an NutzerInnen Geld verdienen, sieht es für NutzerInnen nicht so gut aus, wie es auf den ersten Blick scheint. EigentümerInnen gefällt die Idee der Zwischennutzung unter anderem auch weil es sich bei den NutzerInnen nicht um klassische MieterInnen mit dem gängigen Mieterschutz handelt. So Büchi: «Wir strukturieren Zwischennutzungen oft als Gebrauchsleihe, um den Eigentümern maximale Flexibilität und einen pünktlichen Abschluss der Zwischennutzung zu gewährleisten.» Was Büchis Aussage aus Sicht der NutzerInnen heisst, wird von der Interim GmbH nicht bedacht. Wahrscheinlich weil sonst das Wöhläter-Image zu schnell verloren ginge.

Zwischennutzungen heute

Diese Besetzungs-Abwehr-Idee breitete sich schnell aus und wirkte sich als sehr erschwerend aus für die HausbesetzerInnen. Für EigentümerInnen gibt es seit der Gründung der Firma 2013 eine Möglichkeit, BesetzerInnen nicht nur loszuwerden, sondern mit Liegenschaften und geringstem Aufwand Kapital zu erhalten. Schnell stiess die Idee nicht nur für Ateliers und Wohnungen auf Anklang, auch Gastbetriebe sprangen auf den Zug auf. Wie in der Logik des Kapitals üblich, wird dort investiert, wo Geld zu verdienen ist. Daher überrascht es kaum, dass die Interim GmbH in Zürich mittlerweile Konkurrenten mit demselben Geschäftsmodell erhalten hat. In Bern wurde sogar eine öffentliche Stelle für die Vermittlung von Zwischennutzungen geschaffen. Ob nun von privater oder öffentlicher Seite, Hauptziel bleibt die Verhinderung oder frühzeitige Beendigung von Besetzungen und genau da liegt der Hund begraben: Als aktive BesetzerIn muss man sich die Frage stellen, wie man als Bewegung mit solchen Impulsen umgeht. Einerseits sind mehrere Squats aufgrund von Zwischennutzungen geräumt worden, andererseits dient es den Herrschenden einmal mehr für die klassische Spaltung in Gut und Böse.

«Marsch fürs Läbe» 2017?

Der «Marsch fürs Läbe» der fundamentalen Christen aus ganz Europa findet in der Schweiz keinen Platz mehr. Demonstrierten die Fundi-Christen vor einigen Jahren noch auf der Langstrasse gegen den Schwangerschaftsabbruch und für eine konservative Familienpolitik, finden sie dieses Jahr nicht mehr mal Platz in der Flüeli Ranft, dem wohl von Katholizismus stärksten aufgeladenem Ort in diesem Land. Wie der Regierungsrat entschied, sei es den Fundi-Christen nicht gestattet, am Pilgerort zu Ehren vom Bruder Klaus ihr Gebettag abzuhalten. Dass der «Marsch fürs Läbe» vom Zürcher Kreis 4 nach Oerlikon weichen musste und später gar nach Bern und nun nicht mal im letzten Krachen des Hinterlandes Platz findet, ist dem vielfältigen Widerstand dagegen zu verdanken. Es zeigt, dass es sich lohnt, zu kämpfen und die Gegenmacht auf allen Ebenen aufzubauen! Auch wenn ein Problem weniger: Die Zeiten sexualisierter Gewalt an Frauen und anti-feministischer Ideologie sind damit wohl kaum vorbei. Deshalb bleiben emanzipatorische Kämpfe und die Verteidigung dieser Errungenschaften eine Notwendigkeit. Der Kampf gegen den «Marsch fürs Läbe» zeigt: Wir sind bereit!



Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

Der unbekannte Che Afrikas

ANTI-IMPERIALISMUS Vor 30 Jahren, am 15. Oktober 1987, wurde Thomas Sankara ermordet. Er war der postkolonialen Ordnung in Afrika zu gefährlich geworden.

(rabs) Thomas Sankara wurde 1949 in Yako im damaligen Obervolta geboren, das 1960 politisch unabhängig wurde. Er wuchs in Gaoua im Süden des Landes als Sohn eines Spitalsoldaten, der im zweiten Weltkrieg auf der Seite Frankreichs gekämpft hatte, auf. Während seiner Zeit an der Militärschule in Ouagadougou kam er mit dem marxistisch-leninistischen Gedankengut in Berührung. Mit anderen linken Offizieren gründete er das «Regroupement des officiers communistes».

Er bildete sich in verschiedenen Richtungen weiter. Auf Madagaskar lernte er viel über Landwirtschaft, autodidaktisch bildete er sich auch in Soziologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaften weiter. 1980 putschte sich Saye Zerbo an die Macht, der ein Jahr später Thomas Sankara als Informationsminister verpflichtete. Da Sankara aber von Anfang an mit der Politik Zerbos unzufrieden war, trat er nach nur einem halben Jahr im Amt zurück. Seine Entscheidung verkündete er am Fernsehen, wo er sie mit der repressiven Politik der Regierung Zerbos begründete. Der Rücktritt fand grosse Beachtung in der Bevölkerung und machte ihn zu einer bekannten Person.

Als im November 1982 Jean-Baptiste Ouédraogo Zerbo stürzte, wurde Sankara Premierminister, obwohl der Staatschef in einer neokolonialen Tradition stand. Sehr bald wurde Sankara jedoch wieder entlassen, wohl auf Betreiben der ehemaligen Kolonialmacht. Er wurde zu Hausarrest verurteilt, bald darauf aber auf Druck der Strasse wieder freigelassen. Im August 83 marschierten die linken Militärs schliesslich zusammen mit unzähligen Personen aus der Bevölkerung von Pô in die Hauptstadt Ouagadougou. Da sich die Bevölkerung massenhaft am Aufstand beteiligte, handelte es sich nicht um einen Staatsstreich, was Sankara und seinen Mitstreitern eine grosse Legitimität gab.

Integre Menschen

Thomas Sankara änderte, sobald er an der Macht war, den Namen des Landes. Er verabschiedete sich vom kolonialen Namen Haute-Volta und taufte das Land in Burkina Faso um, eine Wortkreation aus zwei der drei Sprachen des Landes. Burkina Faso war nunmehr das «Land der integren Menschen». Neben dieser symbolischen Änderung, reformierte Sankara das Land fundamental. Seine Leitlinie dabei war, das Land aus der neokolonialen Unterdrückung durch Frankreich und andere Länder zu befreien, wobei die Ernährungssicherheit sehr wichtig war. An einer Konferenz sagte er dazu: «Wo der Imperialismus ist? Schaut in eure Teller: Wenn ihr ein importiertes Reis-, Mais- oder Hirsekorn esst, das ist er, der Imperialismus.»

Die Regierung stützte den Weizenpreis, indem sie Überschüsse aufkaufte und für Brot und Bier Mindestmengen an einheimischen Zutaten festlegte, die verwendet werden mussten. Es wurde auch propagiert, dass mehr lokale Kleidung getragen werden sollte, also Kleider, die vom Baumwollbauer bis zur Schneiderin vollständig in Burkina hergestellt wurde. Die Alphabetisierung wurde vorangetrieben, indem in jedem Dorf einigen Menschen das Lesen und Schreiben beigebracht wurde. Es wurde auch eine Landreform initiiert:



Thomas Sankara lebte bescheiden. Auf die Frage, worauf er niemals verzichten würde, antwortete er ohne zu zögern: v seine Gitarre.

Der Boden wurde verstaatlicht und an die Menschen weitergegeben, die ihn bebauen wollten. Innerhalb von vier Jahren schaffte es Sankara, dass Burkina Faso selbstversorgend wurde.

Da das Land in der Sahelzone liegt, war auch der Kampf gegen das Vorrücken der Wüste wichtig. Dafür wurde die Bevölkerung sensibilisiert und dabei unterstützt, Büsche und Bäume zu pflanzen und bestehende Gehölze nicht abzuholzen. Auch auf der Ebene der Gesundheitsversorgung vollbrachte Sankara Grosses. Innerhalb von sehr kurzer Zeit wurden Masern, Hirnhautentzündung und Kinderlähmung ausgerottet, zwei Millionen Burkinabé wurden innerhalb einer Woche geimpft. Ausserdem wurde in jedem Dorf ein «poste de santé primaire», also so was wie ein Mini-Spital, aufgebaut. Darüber hinaus wurde der Verschwendung der Kampf angesagt: Die Dienst-Mercedes wurden durch einfache Autos ersetzt und die MinisterInnen durften nur noch 2. Klasse buchen, wenn sie sich mit dem Flugzeug fortbewegen mussten.

Ein wichtiger Punkt in Sankaras Agenda war schliesslich auch die Gleichberechtigung der Frauen. Sankara war einer der ersten Staatschefs der Welt, der für die Emanzipation der Frauen kämpfte. Er berief mehrere Ministerinnen in sein Kabinett und öffnete den Frauen auch sonst Türen, die bisher für sie verschlossen gewesen waren.

Die Schulden nicht mehr bedienen

Die wohl bekannteste Rede Sankaras ist diejenige, die er im Sommer 1987 am Gipfel der Organisation für afrikanische Einheit (OUA) hielt. Er erklärte, die afrikanischen Staaten sollten aufhören, die Schulden zu bedienen, die sie bei den imperialistischen Ländern hatten. Die Rede kam in Afrika gut an und das war wohl auch einer der Gründe, wieso Thomas Sankara kurz darauf, am 15. Oktober 1987, ermordet wurde. Die Todesumstände des Revolutionärs blieben einigermassen ungeklärt. Er wurde offenbar von der Nummer zwei in

Burkina Faso, Blaise Compaoré, einem langjährigen Genossen, umgebracht. Dieser wurde danach auch Staatschef, was er bis 2014 blieb – er betrieb eine pro-neokoloniale Politik. Höchstwahrscheinlich war auch Frankreich direkt oder indirekt in die Ermordung Sankaras verwickelt. Es ist klar, dass die ehemalige Kolonialmacht mit dem wachsenden Einfluss Sankaras in Afrika langsam ihre Felle davonschwimmen sah. Nicht vorstellbar, wenn die ehemaligen Kolonien die Schulden nicht mehr bedienen würden und sich gegen Importe wehren würden!

Auch Muammar al-Gadhafi, der noch im Frühling desselben Jahres Sankara bei einem Besuch in Lybien zum Oberst befördert hatte, wird verdächtigt, das Attentat unterstützt zu haben.

Thomas Sankara presente!

Seine Ideen haben Sankara bei weitem überlebt: Viele AktivistInnen in Afrika beziehen sich auf ihn, seine Ideen und Erfolge. Die Bedeutung Sankaras heute liegt darin, dass er ein Hoffnungsträger ist für alle, die das aktuelle System von Korruption, Machtmissbrauch und Despotismus überwinden möchten. Überall auf der Welt gab es immer wieder Menschen, die linke, fortschrittliche Ideale vertraten, sich aber davon abwandten, als sie an der Macht waren oder einen fragwürdigen Umgang mit der Machtausübung und -delegation hatten. Auf der anderen Seite gibt es viele, die ihre Ideale nie in Tat umsetzen konnten und sich deshalb nicht an ihren Taten messen lassen müssen.

Wenige sind die, die an die Macht kamen und wie Sankara Zeit hatten, mit der Veränderung der Gesellschaft zu beginnen. Natürlich weiss niemand, wie sich Sankara verändert und sich seine Revolution entwickelt hätte, wäre er länger an der Macht geblieben. Tatsache ist aber, dass er bis zu seinem Tod geblieben ist, was er versprochen hatte: ein burkinabè, ein integrier Mensch.

Der Feminismus junger Frauen

FEMINSIMUS In der vorletzten Ausgabe vom aufbau haben wir uns mit Popfeminismus auseinandergesetzt. Wir haben nun auch mit jungen Frauen ein Gespräch darüber und allgemein über Feminismus geführt.

(agj) Dass der Frauenkampf aktuell viele bewegt, ist erkennbar an den vielfältigen Mobilisierungen, die sich rund um das Thema auf der ganzen Welt bilden. In der Schweiz besonders interessant waren die Bemühungen von jungen Frauen sich am internationalen Frauenkampftag am 8. März selber, zusätzlich zur traditionellen Samstags-Demo, unbewilligt die Strasse zu nehmen. Der Frauenkampf in der Schweiz hat sich in den letzten Jahren im Zuge gesellschaftlicher Prozesse auch stark verändert. Es sind neue Positionen und Schwerpunkte aufgekommen, wie beispielsweise queerfeministische Positionen.

Wir haben Gespräche geführt mit jungen Frauen,

die sich im Frauenkampf bewegen und in der RJZ organisiert sind. Was diese jungen Frauen zu den neusten Entwicklungen des Feminismus sagen und was sie bewegt, ist sehr interessant. Es ist die junge Generation, die neuen Wind in die Bewegung hineinbringt und den Kampf weiterführt.

Das Hauptthema der Gespräche mit den jungen Frauen war das Phänomen des Popfeminismus. Aber die jungen Frauen beschäftigen sich auch mit ökonomischen Fragen, mit Fragen der Geschlechterrollen und mit Identität. Für viele junge Frauen stellt die Erfahrung von sexistischen Handlungen und Sprache den ersten Bezugspunkt zu feministischen Ansätzen dar. So war es auch bei einigen der jungen RJZ-Frauen. Anderen wurde die Wichtigkeit des Frauenkampfes erst mit der Politisierung bewusst. Auf jeden Fall waren sich alle darin einig, dass es unerlässlich ist, sowohl strukturelle Ungleichheiten in der Schule oder am Arbeitsplatz, wie auch sexistische Sprache und ungleiche Rollenverhältnisse anzugehen.

Eine junge Frau fragte sich beispielsweise, «wieso junge Frauen, welche wechselnde Partner hat, als Schlampe gelten und Jungs, die viele Mädchen erobern, als Helden angesehen werden». Die jungen Frauen sind sich aber einig, dass nicht Bezeichnungen oder die Sprache die Hauptproblematik darstellt, sondern die Gesellschaftsstrukturen, in denen Frauen unterdrückt werden.

Die Selbstdarstellung von Frauen in den sozialen Medien hat die jungen Frauen sehr beschäftigt. Es wird kritisiert, dass in sozialen Medien Bilder zu feministischen Themen gepostet werden. Dies sei aber eine Aktivität, die an der Oberfläche bleibt: «Der Popfeminismus wird im Internet durch Bilder von jungen Frauen sichtbar, die ihren Körper präsentieren und sagen, dass ihr Körper ok ist wie er ist. Aber meistens sind dies Frauen, die einen Körper haben, der dem gängigen Ideal völlig entspricht.» So wird die vermeintliche Emanzipation von einengenden Schönheitsidealen nur zu deren Bestätigung.

Wenig zu verlieren, viel zu gewinnen

PALÄSTINA Im Juli dieses Jahres kam es rund um die Al-Aqsa-Moschee und in der Altstadt von Jerusalem zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der palästinensischen Bevölkerung und israelischen Sicherheitskräften. Das gibt Anlass dazu den palästinensischen Widerstand wiederum genauer zu betrachten. Unter welchen Bedingungen kämpft er und wie kann seine Zukunft aussehen?

(gpw) Nach einem bewaffneten Angriff auf eine israelische Polizeipatrouille durch drei junge Palästinenser in der Altstadt beschloss das israelische Sicherheitskabinett Metalldetektoren vor den Eingängen der Al-Aqsa Moschee in der Altstadt Jerusalems aufzustellen und nur Männer über 50 Jahren sowie Frauen hereinzulassen. Bei dem Angriff starben zwei Polizisten, die jugendlichen Angreifer wurden kurze Zeit später auf der Flucht erschossen.

Als Antwort auf die quasi Schliessung der Moschee, begleitet von massiver Militär- und Polizeipräsenz in der Altstadt, begannen die Proteste und Demonstrationen mit hunderttausend Teilnehmerinnen, welche sich in den darauf folgenden Tagen auch auf andere Orte innerhalb des Westjordanlandes ausweiteten.

Die palästinensische Bevölkerung befürchtete wohl zu Recht, dass die Metalldetektoren nur der erste Schritt eines grösseren Plans sein könnten und es Israel darum geht die Situation und Kontrolle von ganz Ost-Jerusalem dauerhaft zu verändern. Nachdem Israel befürchten musste, dass ihnen die Situation in Jerusalem aus den Händen gleiten könnte und vereinzelt sogar vor dem Ausbruch einer dritten Intifada gewarnt wurde, sind die Metalldetektoren mittlerweile wieder entfernt und durch Sicherheitsmassnahmen mittels hoch entwickelten Technologien wie Kameras und anderer Mittel ersetzt worden.

Eine dritte Intifada?

Zu einer Intifada, also einem breiten und militanten palästinensischen Aufstand gegen die Unterdrückungspolitik Israels kam es nicht. Israel wurde aber von der Heftigkeit und Dauer des Protestes erschüttert und Überrascht und auch auf palästinensischer Seite hat die Protestwelle wieder einiges in Bewegung gesetzt. Um den Unruhen ein Ende zu bereiten, setzte Israel auf gewaltsame Unterdrückung der Proteste. Die Polizei griff immer wieder protestierende Palästinenserinnen an, welche mit Steinen, Molotowcocktails und Barrikaden zu Werke gingen. Im Zuge der Proteste kam es zu mehreren Toten und hunderten Verletzten. Addameer, ein Verein welcher sich für palästinensische Menschenrechte und Gefangenenunterstützung einsetzt, veröffentlichte vor Kurzem die Zahl von insgesamt 880 alleine im Juli erhafteten und verwahrten Personen, darunter auch 144 Minderjährige. Sowohl palästinensische als auch israelische Medienschaffende klagten über massive Behinderung und Gewalt bei der Ausübung ihrer Arbeit.

Lage des palästinensischen Widerstands

Auf der Suche nach Ursachen könnte festgestellt werden: Konfrontiert mit der lange andauernden massiven Repression und den vielfältigen alltäglichen Ein-



In Tücher gehüllt um sich zu schützen und nicht erkannt zu werden: Jugendliche Palästinenser auf dem Gelände der Moschee warten auf ihren Einsatz

schränkungen haben die PalästinenserInnen im Widerstand mehr zu gewinnen als zu verlieren. Denn in ihrem Alltag und Widerstand stehen sie auf der einen Seite einem reaktionären und zionistischen israelischen Staat gegenüber, welcher auf Besetzung, Ausbeutung und Unterdrückung setzt und das alltägliche Leben der PalästinenserInnen massiv einschränkt. Auf der anderen, palästinensischen Seite sind sie konfrontiert mit einer gespaltenen Führung, welche in interne Machtkämpfe verwickelt ist, die Anliegen der eigenen Bevölkerung nicht oder nur ungenügend vertritt und ihrerseits mit Kritikerinnen nicht gerade zimperlich umgeht.

Die palästinensische Autonomiebehörde und die in der Westbank dominierende Fatah-Partei, welche die Westbank seit Jahrzehnten regiert und in Ramallah ihren Sitz hat, geniesst bei den PalästinenserInnen schon lange kein Vertrauen mehr. Präsident Mahmud Abbas, der sich seit Jahren mehr schlecht als Recht an der Macht hält, wird vorgeworfen er regiere dort unter von Israel diktierten Bedingungen als ihr Statthalter. Er zieht eine Selbstregierung in engen Grenzen einer richtigen Selbstbestimmung vor. Er kümmert sich dabei um die Interessen einer kleinen Schicht palästinensischer Kapitalisten und mächtiger Familien. Diese Politik versucht er der breiten Bevölkerung als Einsatz für ihre eigenen Interessen zu präsentieren.

Seit Jahren wird der Autonomiebehörde vorgeworfen den palästinensischen Widerstand im Auftrag Israels zu unterdrücken und im Gegenzug an der Macht bleiben zu dürfen. Das funktionieren der Behörde wird zudem von massiver Korruption untergraben und discreditiert sie in den Augen der PalästinenserInnen. Eine palästinensische Führung, welche sich damit zufrieden gibt in der Westbank einer kleinen kapitalistischen Klasse ein gutes Leben zu ermöglichen, kann nicht an der Spitze des Widerstandes stehen.

Zwischen der Fatah und der Hamas, welche den von

Israel abgeschotteten Gazastreifen regiert, herrscht seit den Wahlen 2006 ein Machtkampf um die Vorherrschaft über die palästinensische Sache. Es hat manchmal den Anschein, als seien die Fatah und die Hamas mehr damit beschäftigt sich gegenseitig eins auszuwischen, anstatt sich um die Interessen der Bevölkerung zu kümmern.

Wie kann die Zukunft aussehen?

Will der Kampf für palästinensische Selbstbestimmung gewonnen werden ist es von zentraler Bedeutung, dass die territoriale Spaltung und die Grabenkämpfe zwischen den Parteien aufgehoben und der Widerstand vom ganzen Volk getragen wird. So müssen neben den Interessen der Menschen im Gazastreifen und in der Westbank auch die Forderungen und Bedürfnisse der Hunderttausenden PalästinenserInnen in den Flüchtlingslagern in Jordanien, Libanon und Syrien Teil des Kampfes sein.

Wenn es gelingt, den Kampf für palästinensische Selbstbestimmung zusammenzuführen und der israelischen Besetzung etwas entgegenzuhalten, so steht der Widerstand automatisch auch dem amerikanischen Imperialismus in der Region und der arabischen Reaktion in Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien entgegen. Der Platz für den Kampf um die palästinensische Sache sollte also bei der revolutionären Linken weltweit einen festen Stand haben.

Mit dem Rücken zur Wand und wenig zu verlieren ist zwar nicht gerade die beste Voraussetzung im Kampf, aber sollte es gelingen eine gemeinsame Basis für den Widerstand aufzubauen, dann ist eine dritte Intifada, die dieses Mal bei den Protesten im Juli zwar noch ausgeblieben ist, vielleicht doch nicht so weit weg.

Ein paar Erklärungen haben die jungen Frauen für dieses Verhalten: «Man merkt, dass es nie wirklich in die Köpfe geht, was Feminismus bedeutet. Was es heisst, sich für Frauenrechte einzusetzen. Man schreibt «Feminismus» unter ein Bild und dann ist es auch genug.» Und: «Für viele Mädchen ist es eigentlich cool, eine emanzipierte Frau zu sein. Aber was es eigentlich heisst und was es für sie selber bedeutet, wird nicht thematisiert. Es ist mehr ein oberflächlicher Trend, an dem man einfach teilhaben will.» Diese Oberflächlichkeit beschäftigt die RJZ-Frauen und sie machen sich Sorgen, dass es zu einer Verwässerung des Begriffes Feminismus kommt. «Man muss aufpassen, dass es nicht zu einem Klischee wird, wenn es keinen revolutionären Aspekt mehr hat und einfach nur Merchandise ist und keine Bedeutung mehr hat.»

Aber auch die positiven Aspekte dieses neuen Aufschwungs im Feminismus wurden angesprochen: «Nichts desto trotz, kann es ein Anfang sein, dass man sich überlegt, was Emanzipation ist, was Feminismus überhaupt ist. Auch wenn es nur oberflächlich bleibt, werden Begriffe wie Emanze, die in unserer Gesellschaft zum Teil negativ behaftet sind, positiv aufgenommen, wenn man sich dazu Gedanken macht und

wenn man stolz darauf ist, emanzipiert zu sein.» Die jungen Frauen sehen genau, dass der Popfeminismus ein widersprüchliches Phänomen ist. Ohne den eigenen Anspruch an eine revolutionäre Klassenposition zu verlieren, sehen sie, dass linke Themen, welche von der Masse aufgenommen werden, für unseren Kampf ein wichtiger Motor sein können. «Man kann es auch als Chance sehen, weil Feminismus schon lange nicht mehr so verbreitet war wie jetzt. Das heisst, wenn man dazu Propaganda macht und die Leute dazu bewegt, sich tiefer damit zu befassen oder sich überhaupt damit zu befassen und es nicht nur als einen Aufdruck auf einem T-Shirt zu haben, dann entsteht vielleicht ein extremes Potential.»

Der Umgang mit dem oberflächlichen Feminismus steht für die jungen Frauen auch schon fest: «Die Frage ist jetzt, wie kann man aus diesem Label etwas machen und mehr in die Tiefe gehen und da sehen wir sicher die Lösung auf der Strasse. Wir wollen wirklich etwas machen, auf die Strasse gehen und nicht nur einem Trend folgen, sondern uns selber politisch mit Feminismus befassen. Aber in die Tiefe gehen muss man dann trotzdem noch mit den politischen Einstellungen und für das muss man auch Plattform bieten und überhaupt Infor-

mationen bieten.» Es ist also wichtig, dass feministische Themen vertieft werden können und Positionen auch anschlussfähig sind. Weiter sollen die Positionen mit einer realen Präsenz auf der Strasse und mehr Sichtbarkeit gestärkt werden.

Die jungen RJZ-Frauen sehen auch noch eine weitere Gefahr: «Feminismus ist ja trotzdem momentan noch ein Trend und Trends gehen immer wieder vorbei, und dann interessiert es niemanden mehr und wir stehen einfach wieder da als die Feministinnen, die Männer hassen und lesbisch sind.» Diese Aussage beschreibt eigentlich sehr schön, worum es im Frauenkampf gehen sollte. Nicht um Männerhass oder sexuelle Vorlieben. Es geht darum, dass die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gesellschaftlich und strukturell geprägt und somit durch die ökonomischen Verhältnisse bedingt sind, die es zu verändert gilt. Das soll nicht heissen, dass nicht auch andere Themen Platz haben können. Um dem Trend-Phänomen entgegen zu wirken, ist die Erkenntnis der ökonomischen Verhältnisse unerlässlich. Die jungen Frauen möchten, dass der Frauenkampf die Kontinuität behält und gleichzeitig auch anwachsen kann, auch wenn der Trend vorbeigeht.

Macron in Gao.

FRANKREICH Der neue Präsident Frankreichs Emmanuel Macron macht klar, dass er aussenpolitisch eine aktive, militaristische Linie fahren möchte. Insbesondere in Afrika gilt es für die französische Elite wachsam zu sein: die Konkurrenz ist gross.

(xx) Ein Atom-U-Boot treibt auf offener See an der schäumenden Oberfläche. Darüber ein Hubschrauber, aus dem sich ein Mann abseilt. Alles wird mit Kameras festgehalten. Das ist weder Krieg noch 007-Filmset: Es ist der frischgebackene Präsident Frankreichs der sich beim Militär anbietet und gleichzeitig sein Image poliert: jugendlich, mutig, entschlossen.

Emmanuel Macron hat eine sehr schwache soziale Basis, was ihm innenpolitisch ein schwieriges Terrain bereiten wird, insbesondere für seine angekündigten Austeritäts- und Flexibilisierungsmassnahmen. Macron trifft bereits jetzt Vorkehrungen: Es wurde Tränengas im Wert von 4 Millionen Euro gekauft und viele der repressiven Spezialwerkzeuge des Ausnahmezustands sollen als normale Gesetze übernommen werden.

Frankreichs Mission in der Sahel-Zone

Mit seiner 007-Inszenierung und anderen militaristischen Posen – wie der Umbenennung des Verteidigungsministeriums in „Ministerium der Armeen“ oder einer Parade im Militärfahrzeug auf den Champs-Élysées – sendet Macron das Signal aus, dass er weiterhin auf die Armee als aktive und zentrale Stütze für Frankreichs Aussenpolitik setzt.

Seine erste Auslandsreise ausserhalb Europas führte ihn nach Gao in Mali. Die dortige französische Truppenbasis ist das Zentrum der Operation Barkhane, an der etwa 4'000 SoldatInnen beteiligt sind. Barkhane ist die Antwort Frankreichs auf eine sich neu zusammensetzende Sahelzone. Seit dem Sturz Gadhafis ist die Region destabilisiert, das birgt für den französischen Imperialismus Chancen und Risiken. Es gilt die befreundeten Regime zu stabilisieren und die eigene Militärpräsenz zu erhöhen. Barkhane operiert in fünf Sahel-Ländern, darunter Niger (die wichtigste Quelle für das Uranium der französischen AKWs) und der Tschad. Mit französischer Unterstützung wurde im Tschad die schlagkräftigste Armee Zentralafrikas aufgebaut, die in seinen Nachbarstaaten an den französischen Operationen beteiligt ist und im Inland Proteste unterdrückt. Seit 1990 ist hier Frankreichs Freund Idriss Deby an der Macht. Die militärische, sowie ökonomische (siehe Kasten zur CFA-Zone) Macht Frankreichs ist in seinen Ex-Kolonien nachwievordrückend.

Neokoloniales Erbe

Macrons Äusserungen über Afrika am Rande des G-20-Gipfels sorgten in afrikanischen Ländern für grosse Empörung. Die Probleme des Kontinents seien in erster Linie „zivilisatorisch“. Solange Frauen acht Kinder bekommen würden, seien auch Milliarden an Hilfgeldern zwecklos. Die Unterentwicklung afrikanischer Länder haben also Frauen mit abnormaler Gebärbarkeit zu verschulden? Dieses rassistische und sexistische Narrativ, welches den Bauch der Frauen zur Zielscheibe macht, war bereits zu Kolonialzeiten dominant¹. Dabei seien es, wie der senegalesische Journalist Samba Kane



Noch lacht er.

schreibt, gerade die Programme des IWF und die andauernde neokoloniale Ausbeutung der Ressourcen, welche die familiären Strukturen zerstören und Infrastrukturprojekte verhindern würden.

Die Überbevölkerung² als Erklärungsansatz ist eng mit der Flüchtlingsabwehr verbunden (schliesslich wird dies als Wurzel von Armut, Unterentwicklung, Krieg und Migrationsbewegungen präsentiert). Am 29. August kündigte Macron gemeinsam mit Angela Merkel an, die Regulierung der Migration künftig bereits in afrikanischen Transitstaaten zu organisieren. Die europäische Aussengrenze wird damit bis in die Sahel-Zone hinein ausgedehnt und in Bürgerkriegsländern und Diktaturen werden „Hotspots“ errichtet und (Para-) Militärs aufgerüstet.

Françafrique: Zukunft mit neuer Konkurrenz

In diesem Geflecht von Symbolpolitik, Operationen und Abkommen kommt eine gewisse Hektik zum Ausdruck. Und das kann nicht wundern. Frankreich ist keineswegs die einzige Weltmacht, die versucht, die eigene Position auf dem afrikanischen Kontinent zu verbessern. Zwar ist es mittlerweile keine Neuigkeit mehr, dass US-Stiefel durch die Subarah marschieren, aber der afrikanische Kontinent ist noch nicht lange eine Priorität der US-Aussenpolitik. Erst 2008 wurde das eigenständige Einsatzkommando für Afrika „Africom“ operationsfähig. Und während 2010 nur rund 3 Prozent aller US-Ausseneinsatzkräfte in Afrika stationiert waren, kletterte dieser Anteil bis 2016 auf 17 Prozent.

Die USA haben stets beteuert, nur eine einzige Militärbasis in Afrika zu haben. Geheimdokumente, deren Veröffentlichung jüngst juristisch erstritten wurde, belegen nun, dass es 46 Stützpunkte in 24 afrikanischen Ländern sind. Die wichtigste Basis der US-Streitkräfte ist im kleinen Djibouti (von wo aus die Angriffe im Yemen koordiniert werden). Und ausgerechnet hier hat am 1. August China seine erste Militärbasis ausserhalb Asiens eröffnet. Aus Diplomatentreisen heisst es, dass Pläne bestehen bis 2026 rund 10'000 Chinesische Militärs in Djibouti stationiert zu haben.

Die CFA-Zone

Das Bindemittel für die französische Einflussphäre in Afrika ist die Kolonialwährung CFA-Franc. 1946 in den afrikanischen Kolonien Frankreichs eingeführt, ist die Währung heute in 14 Ländern Zentral- und Westafrikas gültig (einige Ex-Kolonien haben sich vom CFA-Franc verabschiedet).

Der CFA-Franc war fix an den französischen Franc und ist heute an den Euro gebunden. Zuständig für die Abwicklung ist weiterhin Frankreich. Frankreich hat Einsitz in die Zentralbanken des CFA-Franc und zwar mit Veto-Recht: Alle geldpolitischen Entscheidungen dieser afrikanischen Länder können also von Frankreich ohne weiteres blockiert werden¹. Der CFA-Franc garantiert Frankreich einen konkurrenzlosen Absatzmarkt für seine Produkte und eine wirtschaftliche Abhängigkeit, welche die Plünderung der Ressourcen zum Kinderspiel macht.

Die Eurokrise wirkt sich direkt in diesen Ländern aus. Kein Wunder kommt immer mehr Protest gegen diese Bindung auf. Wohl wissentlich, dass aufgrund des kolonialen Designs des CFA-Francs ein unilaterales Ausscheiden für die afrikanischen Länder kaum finanzierbar wäre, ermahnte Macron die Länder Franceafriques: „Wenn ihr in der Währung verbleiben wollt, dann müsst ihr aufhören den CFA-Franc zum Sündenbock eurer [...] Verfehlungen zu machen.“

Viele der CFA-Länder gehören zu den unterentwickeltesten, ärmsten Ländern der Welt. Es fehlt an Schulen, Krankenhäuser, Strassen, sauberem Wasser. Die Alphabetisierungsrate – um nur einen von vielen möglichen Indizes herauszugreifen – ist in der CFA-Zone so niedrig wie nirgendwo sonst auf der Welt. Aber der Abtransport von wertvollen Erden funktioniert einwandfrei.

MERKE!

Merke aus Fehler lernen

Wir haben in aufbau 88 die Velofahrerin auf Seite 11 fälschlicherweise als Zivi bezeichnet. Wenn Fehler passieren, dann sind sie Anlass, die Gründe dafür zu eruieren und aus ihnen zu lernen. Wir recherchieren seit 20 Jahren über den lokalen wie nationalen Repressionsapparat.

Oberstes Ziel ist dabei der Schutz der Militanten – die bessere Kenntnis der Gegenseite ermöglicht den besseren Schutz unserer Seite. Es geht um Strategien, Methoden und Akteure ihres Apparats. Unsererseits wenden wir unterschiedliche Mittel an.

Die Überprüfung der Informationen auf ihre Korrektheit spielt darin eine zentrale Rolle. Niemand soll unschuldig als Zivi denunziert werden. Das ist uns sehr wichtig. Trotzdem ist uns dieser Fehler, zum ersten mal, unterlaufen. Er tut uns sehr leid.

Wir haben uns bei der Betroffenen entschuldigt und wiederholen unsere Entschuldigung an dieser Stelle.

Bei wem wir uns bestimmt nie entschuldigen müssen ist:

Fw Peter Leuenberger von der Fachgruppe Gefahrenabwehr und Einsatz, EA-LO-GE der Stapo Zürich. Er gehört der bekannten Krawallgruppe der Stapo Zürich an. Eine spezialisierte Fachgruppe, in der Staatsanwälte und spezialisierte Bullen engstens zusammenarbeiten. Bullen Ermittler und Staatsanwälte als ein Team. Nicht ganz neu, aber ein Spezialisierungs-Trend der nicht nur im politischen und fussbalerischen Bereich halt macht. Peter Leuenberger ist zudem auch der direkte Draht nach Bern. Wenn die Bundesanwaltschaft in Zürich Militante sucht, kommt er zum Zug.

Damit ihr in euch besser merken könnt, bilden wir ihn in dieser Nummer nochmals ab:



Lesetipps



Urs Hardegger: „Es gilt die Tat“

Zürich, im November 1917: Teuerung, Hunger und prekäre Lebensbedingungen sorgen für Unmut in der Zürcher Bevölkerung. Die Neuigkeiten über die russische Revolution beflügeln die revolutionäre Bewegung. Im Vorjahr des geschichtsträchtigen schweizerischen Generalstreikes 1918 kommt es zu den sogenannten Zürcher Novemberräufständen. Soldaten aus ländlichen Gebieten werden gegen die städtische ArbeiterInnenschaft eingesetzt.

An der Zürcher Badenerstrasse bauen die ArbeiterInnen Barrikaden gegen die aufrückende Armee. In den darauf folgenden Gefechten verlieren vier Menschen ihr Leben, über zwanzig Personen werden durch Schüsse der Schweizer Armee verletzt. Dies stellt die vorläufige Bilanz der Strassenkämpfe im Kreis 4 dar.

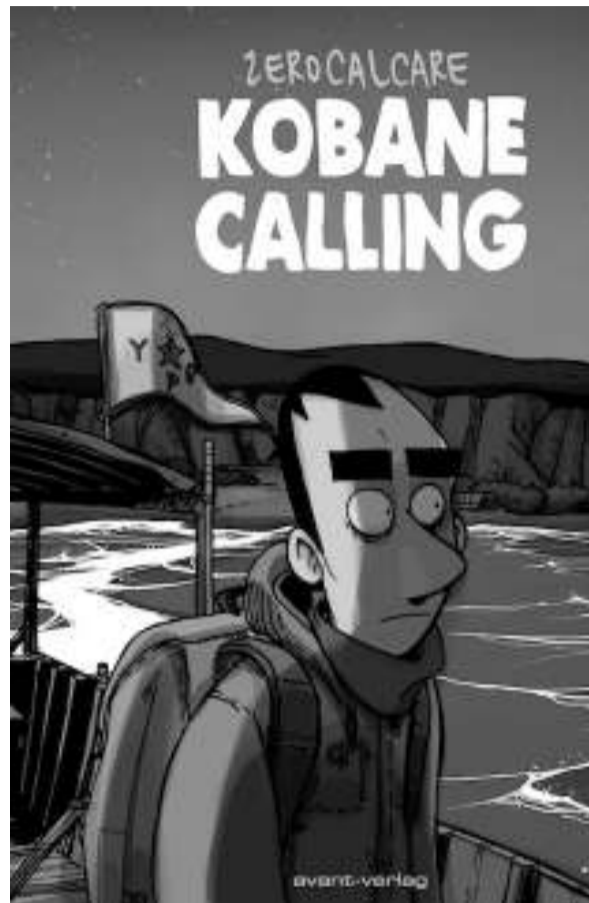
Zu den Todesopfern zählt der neunzehnjährige Metallbaulehrling Fritz Liniger. Er war Mitglied der sozialistischen Jugendorganisation um Willy Münzenberg und Militanter der SJO. Anhand dieser wahren Geschichte ist Urs Hardegger ein sehr berührender Roman gelungen, der sich geographisch sehr genau durch die Zürcher Stadtquartiere der damaligen Zeit bewegt und einem durch eine grosse Portion Lokalkolorit trotz erster Ausgangslage immer wieder zum Schmunzeln bringt. „Es gilt die Tat“ beschreibt eindrucksvoll die Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Zeit, die politische Kultur und natürlich die Klassenunterschiede im Zürich der Zehnerjahre. Diese Lektüre lohnt sich zu lesen, natürlich auch im Hinblick auf unseren Stadtrundgang zum 100-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution am 23. September 2017. Auch dann werden wir natürlich die Zürcher Aufstände thematisieren.

Urs Hardegger: Es gilt die Tat. Zürich 2017: Th. Gut Verlag.

Uwe Sonnenberg: Von Marx zum Maulwurf

Verschiedene Bücher widmeten sich in den letzten Jahren der neueren Verlags- und Entstehungsgeschichte linker Theorie in Deutschland. Im Gegensatz zu Philipp Felschs inszenierter Abenteuerwelt Der lange Sommer der Theorie über den Merve Verlag gibt Uwe Sonnenberg in Von Marx zum Maulwurf einen fundierten historischen Einblick in die Geschichte des linken Buchhandels Westdeutschlands in den 1970er Jahren. Weil Sonnenberg in seiner Untersuchung nicht nur den Buchhandel, sondern auch die Widersprüche und den Wandlungsprozess der linken Bewegung streift, lohnt sich das Buch auch für diejenigen, die an der Geschichte der 70er Jahre interessiert sind.

Im Mittelpunkt von Sonnenbergs Untersuchung steht der Verband des linken Buchhandels (VLB). Der 1970 auf Initiative Westberliner Buchladenkollektive gegründete Verband konnte bis 1977 gut 200 Mitglieder,



Zerocalcare: „Kobane Calling“

Zerocalcare ist 32 Jahre alt und ein Comics-Zeichner der aus dem römischen Quartier Rebibbia stammt. Das ist zunächst wichtig zu wissen. Denn im Comic dreht sich manches um die Frage, was Zerocalcare eigentlich dazu bewegt, aus seinem Heimatquartier nach Kobane zu gehen. Denn eigentlich fällt es ihm furchtbar schwer, sich etwas anderes als sein Viertel in der italienischen Hauptstadt mitsamt seinem kulturellen Milieu vorzustellen. Die Selbstreflexion von Zerocalcare nimmt in diesem Buch viel Platz ein, wirkt aber erfrischend und lustig. Er wagt sich letztlich mit einer italienischen Soli-Gruppe über sehr komplizierte Wege nach Kobane und lernt dabei KämpferInnen der YPG sowie der PKK kennen. Die Realität ihrer Konflikte und Kämpfe gibt Zerocalcare in diesem Comic auf eindruckliche und sehr solidarische Art wider.

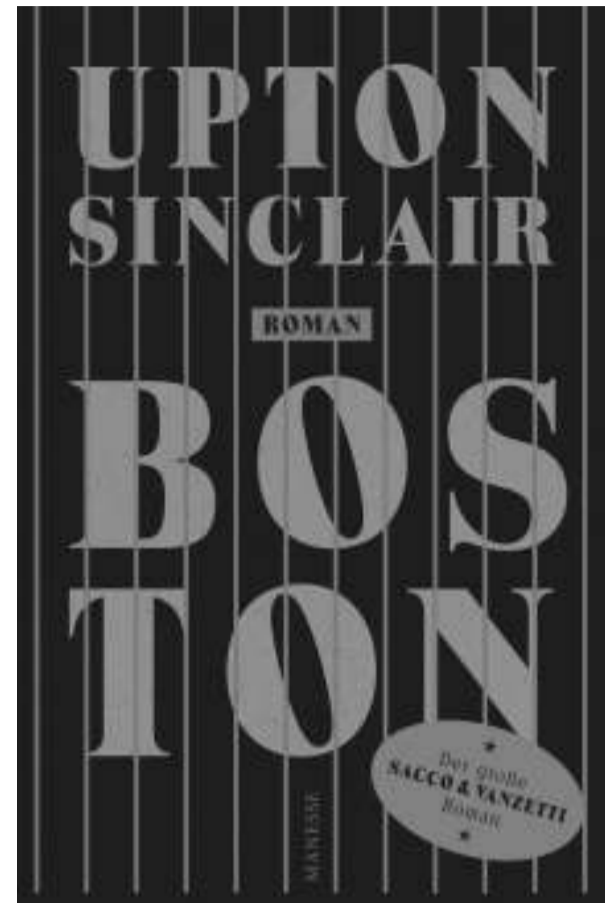
Natürlich: In Kobane macht Zerocalcare eine Vielzahl an Erfahrungen die das normale westeuropäische Alltagsbewusstsein durcheinanderbringen, und damit geht er zeichnerisch sehr originell um. So beschreibt er, wie er sich im Kriegsgebiet aufhält, während in Rom die grösste Gefahr darstelle, versehentlich eine Bar der Fans des falschen Fussballclubs zu betreten.

Insgesamt ist Zerocalcare ein Comic gelungen, der solidarisch, ernsthaft und doch erfrischend ist. Ein Comic zugleich der dazu aufruft, Kobane zu unterstützen. Am Schluss seiner Reise beantwortet er dann seinen inneren Zwist, ob sein Herz jetzt nach Kobane oder nach Rebibbia gehöre damit, dass er den Geist und die Erfahrungen von Kobane nach Rebibbia in die alltäglichen westeuropäischen Kämpfe mittragen möchte. Ein sehr kurzweiliger und erfrischender Lesetipp!

Zerocalcare: „Kobane Calling“. Berlin 2017: Avant-Verlag.

das heisst Verlage, Druckereien, Vertriebe und Auslieferungen, organisieren, bis er Anfang der 1980er Jahre aufgrund zunehmender interner Differenzen still von der Weltbühne verschwand. Sonnenberg beleuchtet detailreich das komplexe Spannungsfeld zwischen linkem Selbstverständnis und ökonomischen Notwendigkeiten. Exemplarisch zeigt sich dies in den Anfängen des VLB. Mit 1968 entstand ein zunehmender „Markt für Marx“, auf den auch bürgerliche Verlage wie Suhrkamp oder Rowohlt aufsprangen. Als Gegentendenz dazu gründeten sich linke Verlags- und Ladenkollektive und StudentInnen begannen mit dem Druck von Raubkopien. Diese aber untergruben gleichzeitig die Lebensgrundlage des linken Buchhandels, entsprechend notwendig wurden kollektive Abmachungen. Deshalb verpflichtete der VLB seine Mitglieder, den Gewinn aus Raubdrucken politischen Projekten zuzuführen.

Von Sonnenberg anhand von Konflikten um die Ausrichtung des VLB meist nur angedeutet, wird die



Upton Sinclair: Boston

Zum 90ten Jahrestag der Ermordung von Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti legt der Manesse Verlag eine Neuübersetzung von Upton Sinclairs Boston vor. Der 1928 erstmals erschienene Roman handelt von der wahren Geschichte der beiden italienischstämmigen Anarchisten Sacco und Vanzetti. Die beiden Bostoner Fabrikarbeiter wurden 1921 aufgrund eines Raubmordes, der ihnen nie nachgewiesen werden konnte, zum Tode verurteilt. Der Schauprozess führte auf der ganzen Welt zu Solidaritätsbekundungen. Doch trotz Massenkundgebungen, direkten Aktionen und unzähligen Anträgen vor Gericht wird das Urteil in der Nacht vom 22 auf den 23. August 1927 vollstreckt.

Sinclair arbeitete wie ein Journalist. Er studierte Gerichtsakten, sprach mit Anwälten und besuchte Fabriken. Das Ergebnis davon ist ein mehr als 700-seitiger Roman, der über weite Strecken einer Reportage gleicht. Die literarischen Kunstgriffe erleichtern dabei den soziologischen Zugang zur Lebensrealität Bostons. Zentral hierfür ist die erfundene Figur Cornelia Thornwell. Nach dem Tod ihres Ehemanns beschliesst die sechzigjährige Witwe einer mächtigen Bostoner Familie, dass sie von nun an für sich selbst sorgen will. Dafür beginnt sie in einem Tauwerk zu arbeiten. In ihrer Unterkunft lernt sie Vanzetti kennen, der ihr nach und nach von seinen Ansichten erzählt. Als dieser schliesslich verhaftet wird, wird Cornelia Teil des Solidaritätskomitees.

Sinclair nutzt Cornelia, da sie als eine sich wandelnde Figur Einblick in verschiedenen Lebensrealitäten besitzt. Dies ermöglicht ihm zugleich eine Auseinandersetzung mit den Machenschaften der Bostoner Bourgeoisie, wie mit der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. Bezüglich dieser zeigt Sinclairs Roman, wie politische Gefangene zu einem wichtigen Motor des Klassenkampfes werden können. Am Tag nach der Ermordung gingen in Berlin über 100.000 Menschen auf die Strasse. Auch in der Schweiz wurde protestiert. Am 10. August 1927 versammelten sich in Basel 12.000 Menschen. Zwei Wochen später traten die Holz- und Bauarbeiter in Lausanne aus Protest über die Vollstreckung des Urteils in einen 24-stündigen Streik. Wer diese Wut der ArbeiterInnenklasse verstehen will, muss Sinclairs Roman lesen.

Upton Sinclair: Boston. Ein zeithistorischer Roman. Zürich 2017: Manesse Verlag.

Geschichte des Buchhandels der K-Gruppen. Doch alleine der Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) besass 1973 in ganz Deutschland 23 Buchläden. Allerdings steht Sonnenberg damit nicht alleine. Eine lesenswerte linke Aufarbeitung der Geschichte der K-Gruppen bleibt ein notwendiges Projekt für heutige HistorikerInnen.

Uwe Sonnenberg: Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren. Göttingen 2016: Wallstein Verlag.

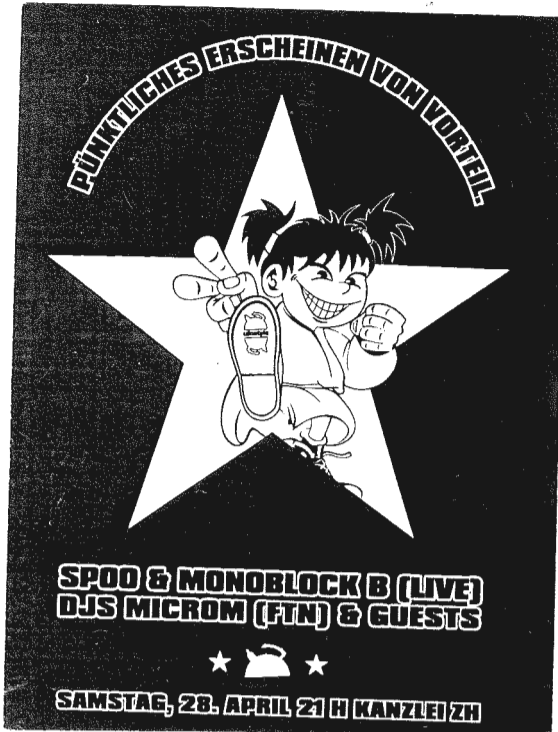
Ganz Fest gegen Rassismus - kämpfen, trinken, tanzen

NACHRUF IN BILDERN Unerwartet ist Urs gestorben. Seit den frühen 90er Jahren war er Teil der Politbewegung und vielen ein Freund.

(az) Urs Gägauf ist gestorben. Das hinterlässt eine grosse Lücke, aber auch viele Erinnerungen und Bilder. Er hat unzählige Plakate und Flyers gestaltet, seine Figuren wurden zu Erkennungszeichen der politischen Widerstandsbewegung und wurden in der Folge von vielen verwendet. Aber sein Aktivismus beschränkte sich nicht auf die Arbeit am Schreibtisch. Wir werden Urs auch als Kämpfer an unserer Seite in Erinnerung behalten, stets ruhig und beruhigend. Und er blieb fröhlich ungerührt, wenn die jungen Militanten ihn für einen Zivi hielten. Und manchmal, wenn es ihm sehr ernst war, legte er seine Zurückhaltung ab und es konnten Kräfte in ihm wach werden, die MitkämpferInnen wie die Gegenseite überraschten.

Doch hier wollen wir vor allem an Urs den Grafiker erinnern und einige wenige der vielen Bilder publizieren, die er hinterlassen hat. Und weil er eben nicht mehr unter uns ist, kommt diese Seite so, wie er sie nie gestaltet hätte: Sehr Punk.

Teekessel und «pünktliches Erscheinen von Vorteil» heisst: Sauvage



Das böse Mädchen - gemeinhin als Mafalda bekannt - und das böse, schwarze Schaf wurden zu Standards des Widerstands. Besonders der Kampf gegen das Wef und der Widerstand gegen die SVP lebten von den Bildern von Urs. Typisch war der Witz, der irgendwo untergebracht werden musste, die SVP provozierte er mit: «s'Sünneli schiint nüme» oder «Sünneliuntergang». Und der Widerstand ist immer ganz fest gegen den Rassismus, jedoch mit grossem F.



1. Mai am 1. Mai war 2008 die Forderung, als das 1.-Mai-Komitee den Plan hatte, Riots in vorausgehendem Gehorsam zu verhindern, indem der 1. Mai an einem anderen Tag begangen wird. Er entschied sich, das Fest auf dem Kanzleiareal zu reissen. Nicht alleine versteht sich, doch nennen wir nur Namen von Toten.

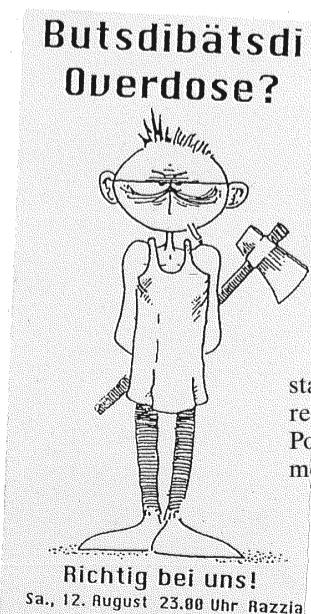


6. Oktober in Bern:
SVP nicht willkommen -
ganz FEST GEGEN RASSISMUS

Die Verdrehung reaktionärer Symbole bereiten Urs besonders grosse Freude. Im Wappen der Stadt Zürich verpasste er den Löwen Helm und Knüppel, die SVP-Sonne erdolchte er mit roter Fahne.



Urs mochte das Strahlenmeer nach maoistischem Vorbild - mehr von der Ästhetik geleitet als von der Ideologie. Privat dekorierte er seine Räume mit Fotos von Ho Chi Minh, dem antiimperialistischen Guerilla-Führer aus Vietnam.



Razzia, immer wieder Razzia. Das denkmalgeschützte Kino im Seefeld stand jahrelang leer und hatte es Urs angetan. Bei dieser Sauvage, die während der Street Parade als Gegen-Party konzipiert war, kam nur ein älterer Polizist vorbei und sagte: «Macht was ihr wollt, kommt einfach nicht jamern, wenn euch die Decke auf den Kopf fällt.»

machbar ist alles: die traditionelle verbalmilitanz am Abend zuvor. Als Urs den 1. Mai nicht mitorganisierte, hatte er noch Zeit, am 30. April auf die Strasse zu gehen.

